

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine – im eigenen Machtkalkül verheddert



Der Einmarsch Russlands in die Ukraine bedeutet einen tiefen Einschnitt, für die Ukraine als das unmittelbar vom Krieg betroffene Land, aber auch für Russland, für Europa und darüber hinaus. Bei Redaktionsschluss sind die Kampfhandlungen in vollem Gange und es zeichnet sich noch kein Ende des Krieges ab. Die weitere Entwicklung, militärisch und politisch, ist in mancher Hinsicht noch offen. Aber schon jetzt kann man feststellen, die direkten und indirekten Folgen sind gewaltig. In ihrer ganzen Konsequenz lassen sie sich noch gar nicht absehen.

In der Kürze der Zeit kann nicht alles so gründlich analysiert werden, wie es die Bedeutung der Ereignisse eigentlich verlangt. Deshalb wollen wir zuerst einige theseartige Kernaussagen festhalten. Darauf aufbau-

end sollen dann ausführlichere Analysen folgen.

Der russische Krieg gegen die Ukraine ist durch nichts zu rechtfertigen. Die wichtigste Forderung ist jetzt die

nach der sofortigen und bedingungslosen Einstellung aller Kämpfe.

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine	1
Zeitenwende ohne Widerstand?	4
Der NATO-Prolog des Ukraine-Krieges	6
Die Seuche und die Reichen	11
Klassenanalyse: eine Aktualisierung – Teil II	13
Neue Klassen in der spätmodernen Gesellschaft?	14
Klassismus, ein neuer Begriff im linken Milieu	21
Chile nach den Wahlen – Ein linker Erfolg?	22

In eigener Sache

Diese Nummer der ARSTI erscheint zu einem Zeitpunkt, an dem sich die Weltlage verändert. Wir verurteilen den völkerrechtswidrigen Überfall Russlands auf die Ukraine aufs Schärfste und fordern alle Beteiligten dazu auf, den Krieg zu beenden und zu Verhandlungen zurückzukehren. Es besteht die Gefahr, dass er zu einem größeren Krieg werden kann, ja sogar die Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen steht im Raum. Die Medien wollen uns suggerieren, dass wir vor einer Zeitenwende stehen, weil nun in Europa der erste Krieg seit dem zweiten Weltkrieg geführt werde. Gab es denn nicht den ebenso völkerrechtswidrigen Krieg der NATO im Kosovo und die Bombardierung Belgrads? Haben die Medien das damals auch so vehement verurteilt wie heute? (Und – nicht zu vergessen –, was war mit den völkerrechtswidrigen Kriegen im Irak, in Afghanistan, in Libyen und in Syrien?)

Bundeskanzler Scholz spricht in seiner Rede vom 27. Februar von einer Zeitenwende. Meint er damit, dass die politische und ideologische Überzeugung, dass Krieg eben keine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sein darf, der Vergangenheit angehören soll? Meinte er, dass die Einsicht, Konflikte, ob national oder international, durch Verhandlungen und Diplomatie zu lösen, in Zukunft über Bord geworfen werden kann? Hätte nicht gerade Deutschland mit seiner Schuld an den beiden Weltkriegen des letzten Jahrhunderts

vielmehr allen Grund, weiterhin für diplomatische, verhandlungsbasierte Lösungen einzutreten? Soll das alles nun der Vergessenheit anheimfallen? Man schüttelt die Vergangenheit einfach ab und verkündet, dass die deutsche Armee wieder zu einer der schlagkräftigsten in Europa ausgebaut werden soll, wie es sich der Finanzminister wünscht. Dazu werden 100 Milliarden Euro so zu sagen aus dem Ärmel geschüttelt. Das Vorhaben, Frieden zu schaffen mit immer mehr Waffen, hat nur selten funktioniert. Umverteilung ist bei der Zeitenwende kein Thema mehr! Bezahlen werden das, wie stets, die „kleinen Leute“, auch wenn bei denen nicht mehr viel zu holen ist. In den Vorstandsetagen der Rüstungsindustrie knallen dagegen die Champagnerkorken. Gestern hieß es noch keine Waffenlieferungen an die Ukraine. Und nun...?

Für die wirklich dringenden Aufgaben wie den Kampf gegen die Klimakatastrophe und die Altersarmut sowie für soziale Gerechtigkeit wird kein Geld mehr vorhanden sein, da wird der Rückwärtsgang eingelegt.

Ist das auch eine Zeitenwende für die schwächelnde Friedensbewegung, deren Positionierung gegen Aufrüstung, gegen die NATO und gegen die NATO-Osterweiterung nun medial der Todesstoß versetzt werden soll? Ihr wird vorgeworfen, „mit ihren Plädoyers für Waffenverzicht und immerwährenden Dialog auch dazu beigetragen zu haben, die heutige Ukraine einem Angriffskrieg auszusetzen.“ (Welt, 2.3.2022) Das erinnert doch fatal an die eisigen Zeiten des Kalten Kriegs und die Aussage Geißlers, nach der der Pazifismus der 30er Jahre Auschwitz erst möglich gemacht habe.

Die Falken triumphieren auf allen Ebenen.

Es wird äußerst schwierig, aber die noch vorhandenen Reste der Friedensbewegung sind gefordert. Sie müssten Stellung beziehen, auch bei den zurzeit stattfindenden

Solidaritätskundgebungen für die Ukraine. In vielen Städten gehen Menschen auf die Straße, verständlicherweise aus persönlicher und moralischer Betroffenheit heraus – aber dabei bleibt es auch. Eine Friedensbewegung, die sich gegen die vorherrschende Meinung, wie sie in den Medien verbreitet wird, stellt, hat unsere Unterstützung.

Einer der Hardliner des Kalten Krieges, George Kennan, der die NATO-Osterweiterung von Beginn an als „tragischen Fehler“ bezeichnet hat, „weil zu dem Zeitpunkt niemand niemanden bedrohte“ und er hat hinzugesetzt: „Natürlich wird es darauf zukünftig eine böse Reaktion durch Russland geben und dann werden sie“ (die Nato-Erweiterter) „sagen: ‚So sind die Russen, wir haben es euch immer gesagt – aber das ist komplett falsch.‘“ (G. Krone-Schmalz in der Passauer Neuen Presse 21.1.2022)

Bei der Kriegsberichterstattung in den öffentlichen Medien entsteht bisweilen der Eindruck, als ob sich die Mehrheit der Journalist:innen direkt am Kriegsgeschehen zu betauschen scheinen, sei es aus eigener Überzeugung heraus oder weil sie opportunistisch handeln. Mit ausgewogener Berichterstattung und tatsächlicher Analyse hat das nichts mehr zu tun. Das Land wird von einer Walze der Demagogie überzogen.

Die Folgen zeigen sich bereits. In Schulen werden russische Kinder diskriminiert. In Supermärkten werden russische Lebensmittel aus dem Angebot genommen. Es gibt Beispiele von Künstlern, die die Kündigung erhielten, weil sie Putin nicht komplett abgeschworen hatten. In Polen sollen keine russischen Lieder mehr gespielt werden dürfen. Nur noch selten kommen Stimmen zu Wort, die versuchen, die Situation ausgewogen zu analysieren.

Wir werden uns auf unserem Seminar in München ausführlich mit den Hintergründen des Krieges auseinandersetzen.

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
M. Derventli, Bucherstr. 20
90408 Nürnberg
Druck: Eigendruck im Selbstverlag.
Zuschriften: Arbeiterstimme
Postfach 910307, 90261 Nürnberg
redaktion@arbeiterstimme.org
www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger
Postbank München
IBAN: DE 85 7001 0080 0665 9248 08
BIC PBNKDEFF

Am 21./22. Mai findet unser Seminar in München statt. Die geplante Tagesordnung und der Tagungsraum kann über die Redaktionsadresse erfragt werden.

Fortsetzung von Seite 1

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine...

Doch nun zur vorliegenden Ausgabe der ARSTI:

Unser Kopftitel beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit den Folgen des Krieges für Russland, seine Regierung und die Situation in Osteuropa.

Zu den Ursachen des Krieges in der Ukraine drucken wir einen Artikel aus der IMI (Informationsstelle Militarisation) von Jürgen Wagner ab, der sich mit der NATO, Russland und dem jahrzehntelangen Weg in die Eskalation befasst und den Titel trägt: „Der NATO-Prolog des Ukraine-Kriegs“. Die Gruppe Arbeiterpolitik hat auf ihrer Homepage den Artikel „Zeitenwende ohne Widerstand?“ veröffentlicht, den wir mit freundlicher Genehmigung übernehmen.

Mit dem Ausgang der Wahlen in Chile hat sich ein Genosse und profunder Kenner der Materie auseinandergesetzt. Dabei geht er genau auf Hintergründe und Einzelheiten ein. Daraus ist ein längerer Artikel mit dem Titel „Chile nach den Wahlen: Ein linker Erfolg?“ entstanden.

Wir haben in letzter Zeit die Diskussion zur Klassenanalyse vertieft. Der Verfasser des Artikels „Klassenanalyse: eine Aktualisierung Teil I“ aus der ARSTI 214 hat die Ergebnisse der Diskussion zu einem Folgeartikel verarbeitet.

Neue Erkenntnisse über den fatalen Einfluss der christlichen Rechten und deren Macht liefert der Artikel „Der Georg, sein Jesus und die Kartonagen“. Der Autor, ein uns eng verbundener Genosse der AGI, hatte sich bereits in der ARSTI 211 mit dem Thema befasst. (Der Artikel erschien zuerst in der Februarausgabe der Arbeiterpolitik.)

Im Januar erschien der neuste Oxfam-Bericht, der sich mit den gewaltigen weltweiten sozialen Ungleichheiten befasst. Wir berichten darüber.

Dieser Ausgabe legen wir wieder Überweisungsformulare bei und bitten unsere Leserinnen und Leser um Spenden. Wir sind dringend darauf angewiesen!

Russland bedient sich bei seiner propagandistische Rechtfertigung diverser Lügen (z.B. über einen angeblichen Genozid). Es macht sich damit gemein mit der Lügen-Praxis anderer Kriegstreiber.

Nach der Auflösung der Sowjetunion ist Russland ein kapitalistische Land geworden. Die dort herrschenden Kreise speisen ihren Reichtum aus Ausbeutung. Die Machtverhältnisse, die sich seit 1990 etabliert haben, sind durchaus kompliziert und unterscheiden sich etwas von den Verhältnissen, wie sie in den meisten anderen (entwickelten) kapitalistischen Länder üblich sind. Offensichtlich gibt es innerhalb der herrschenden Kreise verschiedene Gruppen wie etwa Vertreter aus dem Machtapparat, die sogenannten Silowiki, oder die Oligarchen. Das Gewicht der Silowiki scheint in jüngerer Vergangenheit eher zugenommen zu haben. Silowiki bzw. ehemalige Silowiki haben sich inzwischen auch direkten Zugriff zu den gesellschaftlichen Reichtümern verschafft durch Positionen an ökonomisch wichtigen Stellen und durch vielfältige korrupte Praktiken. Vermutlich fungiert Präsident Putin als Schiedsrichter und letzter Entscheider über diesen Gruppen.

Bei der Atombewaffnung erreicht Russland in etwa Parität mit den USA. Es sieht sich auch deshalb als Weltmacht und beansprucht für sich ein Verhältnis auf Augenhöhe mit den USA. Es ist nicht bereit, sich deren Hegemonie unterzuordnen, wie das viele Länder tun, auch Deutschland Frankreich, Japan usw.

Aus dem Gegensatz Russlands zum Block der USA kann sich für andere Länder, die ebenfalls im Gegensatz zu den USA stehen, eine Erweiterung des politischen Spielraums ergeben. Ein Bündnis mit bzw. eine Anlehnung an Russland ermöglicht diesen eine gewisse Absicherung ihrer Position. Allerdings funktioniert das hauptsächlich nach der Logik „der Feind meines Feindes ist mein Freund“. Denn anders als zu Zeiten der Sowjetunion gibt es nur eine Machtrivalität, aber keinen echten Systemgegensatz mehr. Russland

steht dabei nicht für eine, wie auch immer definierte, progressive Richtung und schon gar nicht für Sozialismus und die Interessen der Arbeiterklassen. Das ist z.B. auch daraus ersichtlich, dass keine Scheu davor besteht, mit eindeutig Rechten (wie etwa Le Pen) zu kungeln. Aus jüngeren Äußerungen Putins, ausführlich dargelegt in seinen Essay (vom Juli 2021) zur Geschichte Russlands und der Ukraine, wird außerdem erkennbar, für Russlands Führung nehmen nationalistische und auch reaktionäre Vorstellungen (Betonung des orthodoxen Christentums) einen immer größer werdenden Raum ein.

Die Hauptleidtragende des Krieges ist die Ukraine und ihre Bevölkerung. Sie wird mit Krieg, Tod und Zerstörung überzogen. Auch wenn es zur Zeit noch nicht für alle Fragen eine definitive Antwort gibt, lassen sich im wesentlichen zwei Faktoren als Gründe für den Angriff identifizieren. Wahrscheinlich besteht die Absicht, sich den beherrschenden Einfluss über die Ukraine als Ganzes zu sichern. Das wäre aus Sicht der russischen Führung ein entscheidender Schritt zur Herstellung der Einheit der slawischen und orthodoxen Völker, was, laut dem genannten Essay, als historische Aufgabe Russlands gesehen wird.

Sicher ist aber, dass noch ein anderer Grund eine wichtige Rolle spielt, nämlich die Verhinderung einer weiteren Ausdehnung der NATO. Dieser Aspekt wird von russischer Seite schon seit Jahren thematisiert. Immer wieder wurde darauf hingewiesen, dass Russland durch die Osterweiterung der NATO seine Sicherheitsinteressen bedroht sieht.

Beide Gründe sind natürlich keine Rechtfertigung dafür, ein Land mit Krieg zu überziehen.

Der Angriff auf die Ukraine ist eine Verletzung grundlegender Prinzipien. Aber er könnte sich auch machtpolitisch als eklatante Fehlkalkulation erweisen. Zur Zeit ist es mehr als fraglich, ob durch diese Vorgehensweise die internationale Position und die Macht Russlands gestärkt wird.

Zeitenwende ohne Widerstand?



Am 27. Februar verkündete Bundeskanzler Scholz, der Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine markiere eine „Zeitenwende“. Und das bedeute: „Die Welt danach ist nicht mehr dieselbe wie die Welt davor.“ Als Zeitenwende wird in den bürgerlichen Medien aber auch die „entschlossene“ Reaktion von Scholz interpretiert:

- ▶ Die enorme Aufrüstung der Bundeswehr: Die Rüstungsaufgaben sollen auf jährlich mehr als zwei Prozent des BIP steigen und dazu kommt eine Sonderausgabe von 100 Mrd. Euro.
- ▶ Deutschland schließt sich den sehr weitgehenden Wirtschaftssanktionen gegen Russland an.
- ▶ Deutschland wird entgegen früherer Bekundungen Waffen an die Ukraine liefern, die gerade vorher noch abgelehnt wurden.
- ▶ Um unabhängig von russischem Gas zu werden, sollen zwei Terminals für Flüssiggas aus den USA und Katar gebaut werden. Der Stopp der Gaspipeline Nordstream 2 war zu diesem Zeitpunkt bereits beschlossen.

Das alles ist natürlich keine grundsätzliche Wende. Die Rüstungsausgaben wurden schon in den vergange-

nen Jahren drastisch erhöht (seit 2014 um über 50 Prozent). Auch Waffenexporte an kriegführende Länder sind keineswegs neu. Und Wirtschaftssanktionen gegen Russland gehören schon länger zum Arsenal deutscher Außenpolitik. Viele Auslandseinsätze der Bundeswehr und die Beteiligung am Krieg gegen Jugoslawien zeigen, dass deutsche Außenpolitik auch in der Vergangenheit keineswegs nur auf diplomatische Mittel setzte.

Doch strebte die deutsche Regierung, egal welche Partei die Regierung stellte, stets danach, zu Russland ein einigermaßen gutes Verhältnis zu erhalten und offen für Gespräche zu bleiben. Das entspricht den Interessen der deutschen Bourgeoisie, für die Russland noch immer eine gewisse Rolle spielt.

Aus den USA gab es daher immer wieder kritische Stimmen, die Deutschland eine zu nachgiebige Haltung gegenüber Russland vorwarfen. Deutlich wurde dies vor allem während der Präsidentschaft Donald Trumps. Aber auch die neue Administration machte auf etwas diplomatischere Art deutlich, dass von Deutschland mehr Rüstung und weniger Entgegenkommen an Russland (z.B. bei Nordstream 2) erwartet wird.

Als sich der Konflikt um die Ukraine immer weiter zuspitzte, wurde Olaf Scholz auch von nahezu allen bürgerlichen Medien als Zauderer bezeichnet. Ob konservativ oder liberal – alle verlangten entschlossenes Handeln, ohne Rücksichtnahme auf russische Befindlichkeiten. Transatlantische Positionen scheinen sich in allen Chefredaktionen von Presse, Rundfunk und Fernsehen durchgesetzt zu haben.

Die Rede von Scholz markiert daher ein Nachgeben gegenüber der veröffentlichten Meinung, vor allem aber gegenüber den Interessen der USA. Der Konfrontationskurs gegenüber Russland wird verschärft und in allen strittigen Fragen wird den US-Forderungen nachgegeben.

Die Anliegen so mancher Wählerinnen und Wähler der Grünen und der SPD werden dabei auf der Strecke bleiben. Schon vor der Kanzlerrede tönnte Finanzminister Lindner, Deutschland habe in der Vergangenheit falsche Prioritäten gesetzt und z.B. einen Sozialstaat aufgebaut. Nun aber müsse die äußere Sicherheit Priorität haben. Striktere Bestimmungen für Waffenexporte, die im Koalitionsvertrag festgeschrieben wurden, sind ebenso obsolet wie der Klimaschutz,

wenn russisches Gas durch amerikanisches Flüssiggas ersetzt wird.

Und ist die Büchse der Pandora erst einmal geöffnet, gibt es kein Hal-



ten mehr. Aus allen Ecken erschallen die Rufe nach weiteren Rollen rückwärts: Wiedereinführung der Wehrpflicht, längere Laufzeiten für Atomkraftwerke, späterer Ausstieg aus der Braunkohle. Und Oppositionsführer Friedrich Merz brachte sogar einen Einsatz der NATO in der Ukraine ins Spiel: „Es kann eine Situation geben, in der dann auch die Nato Entscheidungen treffen muss, Putin zu stoppen.“

Nicht alles davon wird so kommen, wie es jetzt propagiert wird. Aber erstaunlich ist es, wie schnell dabei politische und ideologische Überzeugungen über Bord geworfen werden. Die Vorstellung, internationale Konflikte durch Diplomatie lösen zu können, ist seit Willy Brandts Entspannungspolitik gegenüber Osteuropa und der Friedensbewegung gegen die Stationierung von US-Atomwaffen in den achtziger Jahren eine weitverbreitete Stimmung in der deutschen Bevölkerung. Das stimmt zum Teil mit den Interessen der Herrschenden nach guten Wirtschaftsbeziehungen zu Russland

überein. Das alles wird heute als naiv und überholt verunglimpft. Der Friedensbewegung wird sogar die Schuld am russischen Überfall auf die Ukraine gegeben. So hieß es in der Welt vom 2. 3. 2022, die Friedensbewegung habe „mit ihren Plädoyers für Waffenverzicht und immerwährenden Dialog auch dazu beigetragen die heutige Ukraine einem Angriffskrieg auszusetzen.“

Die Friedensbewegung¹ reagiert nicht einheitlich auf solche Vorwürfe. Manche scheinen tatsächlich so etwas wie Reue zu verspüren. Andere wissen nicht, wie sie angemessen reagieren können und fürchten den Bruch mit dem linksliberalen Milieu. Der Aufrüstung und den militärischen Kämpfen hatten sie immer nur moralische Prinzipien entgegensetzen. Jetzt, nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine, fällt es ihnen schwer, die Politik der Bundesregierung und der NATO-Staaten mit eben diesen Prinzipien zu kritisieren. Eine entschiedene Opposition gegen die immense Aufrüstung und gegen weitere eskalierende Schritte ist so nicht möglich.

Erfreulich ist es daher, dass die Organisationen der Teile der Friedensbewegung klar Position beziehen mit eigenen Kundgebungen gegen den Krieg von den Regierungsparteien abgrenzen.

Ähnliche Diskussionen gibt es auch in der Linkspartei. Vor allem jene, die zu einer Koalition mit SPD und Grünen keine Alternative sehen, wollen keinen abweichenden Standpunkt zum Krieg äußern. In vielen Kommunalparlamenten verurteilen sie gemeinsam mit CDU, FDP, SPD und Grünen den russischen Einmarsch. Damit aber stellen sie ihre frühere Kritik an der NATO-Osterweiterung selbst in Frage. Ob diese Mitglieder der Linkspartei mit einer solchen Einstellung auch konsequent gegen die Politik der „Zeitenwende“ vorgehen können, ist zweifelhaft. Die Kritik der Rüstungsausgaben

erfordert auch eine Kritik der NATO-Politik.

Nicht besser sieht es im gewerkschaftlichen Spektrum aus. Der DGB schrieb in einer Erklärung vom 2. 3. 2022: „Die Bundesregierung hat zu Recht verteidigungspolitisch schnell auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine reagiert.“ Das 100 Milliarden-Programm für die Bundeswehr wird nicht erwähnt und die dauerhafte Erhöhung des Rüstungshaushalts wird lediglich „nach wie vor kritisch“ gesehen, was wohl heißen soll, dass auch das geschluckt wird. Kritik an den Plänen der Bundesregierung kam bisher nur von einigen unteren Gewerkschaftsgremien. Wie bei der Durchsetzung der Hartz-Reformen scheinen die Gewerkschaftsführungen auch jetzt wieder bereit zu sein, einer Politik zum Durchbruch zu verhelfen, die sich gegen die eigenen Mitglieder richtet. Eine entschiedene Ablehnung der vorgesehenen Aufrüstung wurde bisher nur von unteren Gewerkschaftsgremien geäußert. Die anstehende Tarifrunde für die Beschäftigten des Sozial- und Erziehungsbereichs wird zeigen, wie weit die Gewerkschaften bereit sind, sich den Plänen der Regierung zu unterwerfen. Und es wird sich auch zeigen, wie sich die Mitglieder dazu verhalten.

Heute in Bezug auf den Krieg in der Ukraine Kritik an der Politik der Bundesregierung zu üben, erfordert die Bereitschaft, gegen den Strom zu schwimmen. Aber das muss nicht so bleiben. Die hohen Ausgaben für die Aufrüstung werden an anderer Stelle fehlen. Sozialausgaben, Gesundheitswesen und Bildung stehen zur Disposition. Die Inflation ist schon jetzt sehr hoch und wird durch Krieg und Sanktionen noch weiter steigen. Die Unzufriedenheit in der Bevölkerung wird zunehmen und sich daraus ergebende Proteste sollten wir nicht der AfD überlassen. Linke und Friedensbewegte sollten daher schon heute auf die sozialen Folgen der vielgepriesenen Zeitenwende hinweisen und die Reaktionen der Bundesregierung auf den Krieg in der Ukraine zum Thema machen.

1– Unter Friedensbewegung werden hier nicht die Kundgebungen und Demonstrationen verstanden, die zur Zeit in vielen Orten stattfinden und in Solidarität mit der Ukraine mehr oder weniger deutlich die Politik der Regierung unterstützen. Es werden darunter vielmehr jene Gruppen verstanden, die schon seit vielen Jahren die Militarisierung Deutschlands und die Unterordnung unter die Politik der NATO kritisieren.

Der NATO-Prolog des Ukraine-Krieges

Die NATO, Russland und der jahrzehntelange Weg in die Eskalation



Nato-Übung „Anakonda“, Juni 2016 in Polen.

Ohne lange darum herumzureden: Die russische Anerkennung der Volksrepubliken Donezk und Lugansk am 21. Februar 2022 ist ein klarer Bruch des Völkerrechtes. Der anschließende russische Angriff auf die Ukraine ist unabhängig davon, dass auch der Westen an der Misere einen erheblichen Anteil hat, durch nichts zu rechtfertigen, wie auch in zahlreichen Stellungnahmen der Friedensbewegung klar zum Ausdruck gebracht wurde. Ganz abgesehen von den Folgen für die Ukraine selbst liefert Russland durch sein Agieren der NATO auch zusätzlichen Rückenwind für genau die Politik, die es angeblich eigentlich verhindern will: „Jetzt gibt es für die Nato keinen Grund mehr zur Zurückhaltung“, titeln jetzt die üblichen Verdächtigen, in diesem Fall die Welt. Die Tatsache, dass sich die NATO bisher keineswegs in Zurückhaltung geübt, sondern im Gegenteil die Eskalationsspirale Jahr um Jahr weiter befeuert hat, wird nun hierzulande leider deutlich schwerer zu vermitteln sein.

Dennoch ist es weiter wichtig, diese Vorgeschichte nicht unter den Teppich zu kehren, weshalb dieser Beitrag das Handeln der NATO bis zum 17. Dezember 2021 in den Blick

nimmt. An diesem Tag übermittelte Russland Forderungen zur Entschärfung der Lage, die auf insbesondere drei Kritikpunkte hinausliefen: Erstens die sukzessive Aufrüstung und Eingliederung weiterer osteuropäischer Staaten in die NATO, insbesondere der Ukraine; zweitens die Sorge vor einer Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Osteuropa; und drittens vor allem die dauerhafte, aber auch die temporär im Zuge immer häufigerer Manöver erfolgende Ansammlung massiver NATO-Truppenverbände an seinen Grenzen.

Bei näherer Betrachtung lässt sich kaum abstreiten, dass alle drei russischen Kritikpunkte – nicht die daraus gezogenen Schlussfolgerungen! – nachvollziehbar sind. Dies ist von großer Bedeutung: Nur wer versteht, wie der Weg in diese Katastrophe verlief, wird auch einen Weg aus ihr heraus finden. An ernsthaften Verhandlungen über eine Sicherheitsarchitektur, die die Interessen aller Akteure berücksichtigt, führt perspektivisch kein sinnvoller Weg vorbei. Die aktuell bevorzugten Alternativen – Sanktionen, Drohungen, Aufrüstung – sind es, die uns erst in diese Lage gebracht haben, es ist höchste Zeit, eine andere Richtung einzuschlagen.

In einer Stellungnahme verschiedener FriedensforscherInnen des Peace Research Institute Frankfurt (PRIF) heißt es dazu: „Friedens- und Sicherheitspolitik, die an einer gerechten, stabilen und langfristigen Ordnung interessiert ist, beginnt dort, wo die Interessen, Ängste und Befindlichkeiten der anderen Seite ernst genommen werden. Das bedeutet nicht, dass alle Ansprüche und Behauptungen gerechtfertigt sind. Und es bedeutet schon gar nicht, völkerrechtswidriges Verhalten zu entschuldigen oder zu akzeptieren. Aber es bedeutet, nicht nur die eigene nationale Sicherheit als alleinigen Maßstab zu nehmen, sondern gleichsam systemisch zu denken und die Herstellung von Stabilität, Sicherheit und Frieden als gemeinsame Herausforderung zu begreifen. [...] Das Ende des Friedens darf nicht das Ende der Friedenspolitik sein. Im Gegenteil muss er der Beginn eines neuen Nachdenkens über die Zukunft einer europäischen und globalen Friedensordnung sein.“

Ursünde NATO-Osterweiterung

Seit Jahren ist die NATO vehement darum bemüht, die Aussage, Russland bzw. der Sowjetunion sei Anfang der 1990er zugesagt worden, es werde zu keiner Erweiterung der

westlichen Militärallianz nach Osten kommen, als Falschmeldung zu diskreditieren. Auch die Medien, angefangen von Stefan Kornelius in der *Süddeutschen Zeitung* über Thomas Hanke im *Handelsblatt* bis hin zu Michael Thumann in der *Zeit* wissen es ganz genau: die russische Sichtweise entbehre jeder vernünftigen Grundlage, so der Tenor.

Über diverse Winkelzüge versucht die NATO dem Problem beizukommen, dass sie mit der schlussendlich 1999 vollzogenen Osterweiterung wissentlich ihre einstigen Zusagen eklatant verletzt hat. Da wäre einmal die Behauptung, die (nicht nur) von US-Außenminister James Baker gemachte Versicherung, die NATO werde sich nicht nach Osten erweitern, habe sich lediglich auf das Gebiet der ehemaligen DDR bezogen, von anderen Ländern in Osteuropa sei nie die Rede gewesen. Der genaue Wortlaut des Gesprächs lässt eine solche Interpretation aber nur mit viel Phantasie zu, er ließ sich schon vor über zehn Jahren zum Beispiel in der *Frankfurter Rundschau* nachlesen: „Als US-Außenminister James Baker bei KP-Generalsekretär Michail Gorbatschow am 8. Februar 1990 um dessen Zustimmung für den Verbleib des wiedervereinigten Deutschlands in der Nato warb, versicherte Baker, es werde ‚keine Ausweitung der gegenwärtigen Nato-Jurisdiktion nach Osten geben‘. Gorbatschow setzte nach: ‚Jede Erweiterung der Zone der Nato ist unakzeptabel.‘ Bakers Antwort: ‚Ich stimme zu‘“.

Tatsächlich war es völlig klar, dass die gegenüber der Sowjetunion gemachten Zusagen sich auf jede Form einer NATO-Osterweiterung bezogen, wie unter anderem der damalige deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher seinem sowjetischen Amtskollegen Eduard Schewardnadse in einem Gespräch am 10. Februar 1990 klipp und klar versichert hatte. Aus der zugehörigen Aktennotiz zitierte unter anderem *Spiegel Online*: „BM (Bundesminister): Uns sei bewusst, dass die Zugehörigkeit eines vereinten Deutschlands zur Nato komplizierte Fragen aufwerfe. Für uns stehe aber fest: Die Nato werde sich nicht nach Osten ausdehnen.“ Und da es in dem Gespräch vor allem um die DDR ging, fügte Genscher ausdrücklich hinzu: „Was im Übrigen die Nichtausdehnung der Nato anbetreffe, so gelte dieses ganz generell.““

Als weiteres Argument führt die NATO ins Feld, es habe nie eine formale Zusage der NATO existiert, insofern habe man sich mit den Erweite-

Der NATO-Weg in die Eskalation: Einige Kerndaten

- 1990:** Im Austausch für die NATO-Mitgliedschaft des wiedervereinigten Deutschland wird von zahlreichen westlichen Staatschefs versprochen, keine NATO-Erweiterung nach Osteuropa vorzunehmen.
- 1994:** Mit der „Partnerschaft für den Frieden“ beginnt ein erstes Heranführungsprogramm v.a. für ehemalige Mitglieder des Warschauer Paktes.
- 1997:** NATO-Russland-Akte im Tausch für die absehbare erste Osterweiterung. Darin die NATO-Zusage, keine substantiellen Truppen dauerhaft in Osteuropa zu stationieren.
- 1999:** NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien. Umgehung des UN-Sicherheitsrates, eklatanter Völkerrechtsbruch und gewaltsame Spaltung Jugoslawiens.
- 1999:** NATO-Erweiterung I: Polen, Tschechische Republik und Ungarn.
- 2002:** US-Austritt aus dem Raketenabwehrsystemvertrag (ABM).
- 2003:** Beginn der „bunten“ Revolutionen, westliche Unterstützung beim Sturz pro-russischer Machthaber in Georgien (2003), der Ukraine (2004) und Kirgisien (2005).
- 2004:** NATO-Erweiterung II: Bulgarien, Estland, Litauen, Lettland, Rumänien, die Slowakei und Slowenien.
- 2007:** Rede Wladimir Putins bei der Münchner Sicherheitskonferenz, in der er die westliche Expansionspolitik scharf kritisierte.
- 2008:** April: NATO räumt Georgien und Ukraine Beitrittsperspektive ein. Im August beginnt Georgien mit US-Unterstützung eine Offensive gegen die abtrünnige Republik Süd-Ossetien. Russland schlägt diese militärisch im sog. Georgienkrieg zurück.
- 2009:** NATO-Erweiterung III: Kroatien und Albanien.
- 2010:** Beschluss zum Aufbau einer NATO-Raketenabwehr, die auch offensiv eingesetzt werden kann und daher aus russischer Sicht den INF-Vertrag verletzte. Abschussanlagen in Rumänien und Polen (im Aufbau).
- 2011:** NATO-Bombardierung Libyens, extreme Dehnung des UN-Mandats in Richtung eines Regimewechsels.
- 2014:** Eskalation in der Ukraine. NATO-Gipfel in Wales: Verabschiedung des „Readiness Action Plan“ (u.a. Erhöhung und Schaffung neuer Schneller Eingreiftruppen...).
- 2016:** NATO-Gipfel in Warschau: Permanente Stationierung von vier Bataillonen (4.-5.500 SoldatInnen) in Osteuropa.
- 2017:** NATO-Erweiterung IV: Montenegro.
- 2018:** NATO-Krisenreaktionsinitiative (4X30): 30 Bataillone; 30 Flugzeugstaffeln; 30 Schiffe, Einsatzbereitschaft in 30 Tagen.
- 2019:** US-Aufkündigung des INF-Vertrages.
- 2020:** NATO-Erweiterung V: Nordmazedonien.
- 2021:** Aktivierung der „Multi Domain Task Force“ und des 56. Artilleriekommandos (Sitz Wiesbaden). Klares Zeichen für die US-Absicht, Kurz- und Mittelstreckenraketen in Osteuropa zu stationieren.
- 2022:** US- und NATO-Ablehnungsschreiben der drei russischen Kernforderungen: Keine NATO-Osterweiterung; Rückbau der militärischen NATO-Präsenz auf den Stand der NATO-Russland-Akte; keine Stationierung von Kurz- und Mittelstreckenraketen.

rungsrunden auch nichts zuschulden kommen lassen. Das ist zwar keine glatte Lüge, aber dennoch keineswegs wahr. Schließlich haben VertreterInnen nahezu aller großen NATO-Staaten Russland die besagte Garantie gegeben, wie sich in 2017 freigegebenen Dokumenten nachlesen lässt. Zu ihnen gehörten u.a. George Bush, Hans-Dietrich Genscher, Helmut Kohl, Robert Gates, Francois Mitterrand, Margaret Thatcher, John Major, Manfred Wörner und andere. Zuletzt tauchte eine bislang übersehene Aktennotiz des damaligen deutschen Spitzendiplomaten Jürgen Chrobog aus dem März 1991 auf, aus der *Spiegel Online* am 18. Februar 2022 zitierte: „Wir haben in den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen deutlich gemacht, dass wir die Nato nicht über die Elbe hinaus ausdehnen. Wir können daher Polen und den anderen keine Nato-Mitgliedschaft anbieten.“

Insofern war es zwar eine geopolitische Dummheit allerersten Ranges, sich diese Zusagen nicht in rechtlich bindender Form geben zu lassen, dass sie aber gemacht wurden und hätten eingehalten werden müssen, entspricht ebenso den Tatsachen. Augenscheinlich ging auch der sowjetische Generalsekretär Michael Gorbatschow von der Gültigkeit der westlichen Garantien aus: „Die Entscheidung der USA und ihrer Verbündeten, die NATO nach Osten auszudehnen, wurde 1993 letztlich gefällt. Ich habe das damals von Anfang an als großen Fehler bezeichnet. Es war definitiv eine Verletzung des Geistes der Statements und Versicherungen, die uns gegenüber 1990 gemacht wurden.“

Als letzter Pfeil im NATO-Köcher fungiert dann noch die Behauptung, die turbulente Zeit im Februar 1990 sei von vielen Missverständnissen geprägt gewesen, etwaige damals getätigte Aussagen ließen sich heute nicht mehr auf die Goldwaage legen. Allerdings zeigen 2018 freigegebene und beim „National Security Archive“ veröffentlichte Dokumente, dass auch mit Gorbatschows Nachfolger Boris Jelzin in Sachen NATO-Osterweiterung ein falsches Spiel getrieben wurde. Der Journalist Andreas Zumach schreibt dazu: „Aus den Dokumenten wird deutlich, wie Jelzin und seine Regierung von den damaligen US-Administrationen von George Bush und Bill Clinton im Unklaren gelassen oder gar vorsätzlich in die Irre geführt wurde über die damaligen

Absichten mit Blick auf eine Erweiterung der NATO.“

Expansion in die Krise

Der russische Blick auf die NATO sieht eine lange Reihe als feindselig eingestufte Akte (siehe Tabelle auf Seite 7), von denen die verschiedenen NATO-Erweiterungen besonders hervorstechen dürften: 1999 erfolgte die Aufnahme von Polen, der Tschechischen Republik und Ungarn und 2004 kam es zur zweiten NATO-Erweiterungsrunde um weitere sieben Länder. Darunter befanden sich mit den drei baltischen Ländern auch ehemalige Sowjetstaaten, was von Russland immer als rote Linie bezeichnet wurde. Im April 2008 räumte die NATO dann der Ukraine und Georgien eine Beitrittsperspektive ein. Es folgte im August 2008 der Georgien-Krieg, in dem Russland eine von Georgien mit US-Unterstützung initiierte Offensive gegen die abtrünnige Provinz Süd-Ossetien mit harten militärischen Mitteln zurückschlug.

Vor allem aber die geopolitische Bedeutung der Ukraine als einer der Schlüsselstaaten in der Region rückte anschließend ins Zentrum der Auseinandersetzungen – und damit ebenso die Reichweite einer Entscheidung, ob sich das Land dem westlichen Block oder Russland zuwendet oder ob es einen neutralen Status bewahrt (siehe IMI-Studie 2015/6). Genau diese Frage war Auslöser der Eskalation im Jahr 2014, die ihren Anfang darin nahm, dass der damalige ukrainische Präsident Wiktor Janukowitsch sich entschied, die Unterzeichnung eines Assoziationsabkommens mit der EU auf Eis zu legen, mit dem sein Land nahezu irreversibel in den westlichen Block integriert werden sollte. Die unmittelbar darauf mit massiver westlicher Unterstützung (und unter reger Beteiligung faschistischer Kräfte) einsetzenden Maidan-Proteste führten dann zur unter Gewaltandrohung erfolgten Flucht des gewählten Präsidenten Janukowitsch. Obwohl das erforderliche Quorum für eine Absetzung Janukowitschs im ukrainischen Parlament nicht erreicht wurde, wurde eine – nach russischer durchaus nachvollziehbarer Lesart damit illegale – pro-westliche Übergangsregierung eingesetzt. Umgehend kündigten die neuen Machthaber in

Kiew an, schnellstmöglich die NATO-Mitgliedschaft anzustreben und den – eigentlich unkündbaren – bis 2047 laufenden Pachtvertrag für die russische Schwarzmeerflotte auf der Krim aufzukündigen.

Dies alles ging der russischen Reaktion voraus, die vor allem in der Eingliederung der Krim und der Unterstützung separatistischer Kräfte in der Ostukraine bestand. Es folgte ein Bürgerkrieg, der in dem von der Ukraine, Russland, Frankreich und Deutschland ausgehandelten Minsker Abkommen vom 12. Februar 2015 in einem wackligen Waffenstillstand endete. Das Abkommen sah neben einem sofortigen Waffenstillstand unter anderem den Rückzug schwerer Waffen, einen Autonomiestatus für die Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie Wahlen und den Abzug aller ausländischen bewaffneten Einheiten vor. Die Umsetzung des Minsker Abkommens scheiterte in den Folgejahren an der vom Westen zumindest geduldeten Weigerung der ukrainischen Regierung.

Unterdessen flossen hohe Beträge in die Aufrüstung der ukrainischen Armee: von den USA wurde sie bis 2020 mit etwa 2,5 Mrd. Dollar unterstützt, von Frankreich kamen 1,631 Mrd. Euro, im Falle Polens waren es 657,5 Millionen Euro. Die Europäische Union trat lange vor allem mit umfassenden Finanzhilfen für die Ukraine in Erscheinung. Insgesamt schüttete sie bereits zwischen 2014 und 2020 Makrofinanzhilfen im Umfang von 5,61 Mrd. Euro und noch einmal 1,565 Mrd. EUR aus der Haushaltslinie „Nachbarschaft“ an die Ukraine aus. Zumindest ein Teil dieser Gelder diente explizit dazu, das ukrainische Rechts- und Wirtschaftssystem an die Bedürfnisse des EU-Binnenmarktes anzupassen (siehe IMI-Studie 2015/06).

Eskalation in der Ukraine

In den westlichen Medien wurde zwar ausführlich über den im April 2021 begonnenen ersten russischen Truppenaufmarsch an der ukrainischen Grenze berichtet, kaum zu lesen war aber davon, dass dem ein folgenschweres Dekret vorausgegangen war. Einzig der *Berliner Zeitung* war etwas über den Vorgang zu entnehmen: „Seit Mitte Februar gibt es wieder verstärkt Kämpfe zwischen pro-russischen

Einheiten und der Regierungsarmee in der Ostukraine. Für besondere Aufmerksamkeit sorgt das Dekret Nr. 117 vom 24. März 2021, mit dem Selenskyj die Entscheidung des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine vom 11. März 2021 („Zur Strategie der Entbesetzung und Wiedereingliederung des vorübergehend besetzten Gebiets der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol“) umsetzen will. In dem Dekret wird die Vorbereitung von Maßnahmen angekündigt, um „die vorübergehende Besetzung“ der Krim und des Donbass zu beenden. Laut der staatlichen ukrainischen Nachrichtenagentur Ukrinform erhielt die Regierung den Auftrag, einen entsprechenden „Aktionsplan“ zu entwickeln.“

Ohne es mit letzter Sicherheit wissen zu können macht es vor diesem Hintergrund einigen Sinn, den russischen Truppenaufmarsch als eine klare Drohung in Richtung der ukrainischen Regierung zu interpretieren, dass ein versuchter Angriff auf die von separatistischen Kräften gehaltenen Gebiete (oder gar die Krim) von Moskau mit aller Härte beantwortet werden würde. Der spätere Angriff auf die Ukraine mit den klar formulierten Zielen einer „Entnazifizierung“ und „Entmilitarisierung“ der Ukraine zeigte aber, dass Moskaus Ziele wohl damals schon deutlich darüber hinausgingen.

Jedenfalls wurden am 17. Dezember 2021 russische Forderungen zur Entschärfung der Krise übermittelt und gleichzeitig davor gewarnt, es werde schwere Konsequenzen haben, sollten die darin formulierten Sicherheitsbedenken vom Westen nicht adressiert werden. Diese Warnung hat Russland nun leider wahr gemacht, es hat damit aber paradoxerweise wohl genau jenen Akteuren im Westen in die Hände gespielt, die ohnehin für eine weitere Verschärfung vieler der von Russland kritisierten Maßnahmen plädieren. Konkret benannt wurden dabei u.a. in einer Erklärung des russischen Außenministeriums neben weiteren NATO-Erweiterungen die NATO-Truppenstationierungen und Manöver in Osteuropa sowie Pläne zur Stationierung von Raketensystemen an der russischen Grenze: „Es wurde der Weg gewählt, die Ukraine in die NATO aufzunehmen, was mit der Stationierung von Raketen mit minimaler Flugzeit nach Zentralrussland und anderen destabilisierenden Waffen ver-

bunden ist. [...] Anstatt ihre ukrainischen Schützlinge zu zügeln, treiben die NATO-Staaten Kiew zu aggressiven Schritten an. Die zunehmende Zahl ungeplanter Übungen der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten im Schwarzen Meer kann nicht anders interpretiert werden. Die Flugzeuge der NATO-Mitglieder, darunter auch strategische Bomber, führen regelmäßig provokative Flüge und gefährliche Manöver in unmittelbarer Nähe der russischen Grenzen durch. [...] In diesem Zusammenhang bestehen wir, wie Präsident Wladimir Putin betonte, darauf, dass ernsthafte langfristige rechtliche Garantien gegeben werden, die ein weiteres Vordringen der NATO nach Osten und die Stationierung von Waffen an den westlichen Grenzen Russlands, die eine Bedrohung für Russland darstellen, ausschließen würden. [...] Wir fordern Washington auf, sich dem einseitigen Moratorium Russlands für die Stationierung von Boden-Kurz- und Mittelstreckenraketen in Europa anzuschließen“.

Raketenstationierungen: Neue (Nach)rüstung

Schon länger wurde von russischer Seite scharf vor der Stationierung von Kurz- oder Mittelstreckenraketen in der Ukraine oder einem anderen osteuropäischen Land gewarnt. Wir erinnern uns: 2019 stiegen die USA mit lautem Getöse aus dem INF-Vertrag aus, der eine Stationierung landgestützter Kurz- und Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite zwischen 500km und 5.500km bis zu diesem Zeitpunkt verbot. Als Begründung wurde angegeben, Russland habe den Vertrag bereits verletzt. Moskau bestritt die Vorwürfe und gab an, die infrage stehenden Marschflugkörper 9M729 (NATO-Codename SSC-8) hätten eine Reichweite unter 500km. Gleichzeitig bot es Vor-Ort-Inspektionen an, mit denen diese Frage hätte geklärt werden können. Stattdessen beharrten die USA und ihre Verbündeten aber auf ihren Anschuldigungen, kündigten den Vertrag auf und schlugen auch ein immer wieder von Russland angebotenes Moratorium für die Stationierung von Kurz- und Mittelstreckenraketen aus (siehe IMI-Analyse 2019/25).

Schon 2019 wurden daraufhin Forderungen nach einer erneuten Stationierung von Kurz- und Mittelstreckenraketen in Europa laut und

alles deutet darauf hin, dass die USA sich umgehend daran gemacht hatten, in diese Richtung zu arbeiten – es liegt deshalb nahe, die Aufkündigung des INF-Vertrages als Resultat dieser Ambitionen und nicht als Ergebnis bis heute nicht sattelfest bewiesener russischer Vertragsverletzungen zu begreifen. Ein deutliches Zeichen für diese Bestrebungen war die am 8. November 2021 erfolgte Re-Aktivierung des 56. Artilleriekommandos mit Sitz im Wiesbadener Stadtteil Mainz-Kastel. Der Schritt hat einigen Symbolwert, schließlich war das Kommando bis zu seiner vorläufigen Auflösung 1991 für die Pershing-Raketen zuständig, die im Zuge der „Nachrüstung“ (oder treffender: „Aufrüstung“) in den 1980er Jahren stationiert wurden. Die heutige Aufgabe des Kommandos besteht darin, im Kriegsfall Raketeinsätze der US-Streitkräfte und ihrer NATO-Verbündeten zu koordinieren. Das legt natürlich nahe, dass die US-Armee auch über die entsprechenden Waffen verfügen will, weshalb der Schritt nur in Verbindung mit der nahezu gleichzeitigen Aktivierung der ebenfalls in Wiesbaden ansässigen „Multi-Domain Task Force“ (MDTF) Sinn macht. Denn geplant ist es, diesen Einheiten, die explizit mit dem Anspruch konzipiert wurden, in Großmachtkonflikten mit Russland oder China die Oberhand erlangen zu können, drei Kurz- und Mittelstreckensysteme, die sich aktuell noch in der Entwicklung befinden und ab 2023 zulaufen sollen, zu unterstellen (siehe dazu ausführlich IMI-Analyse 2021/46).

Die US-Armee hat mehrfach versichert, es sei keine Stationierung konventioneller (aber atomar bestückbarer) Raketen in Deutschland geplant. Das macht die Annahme umso plausibler, dass von Anfang an eine Dislokation dieser Raketensysteme weiter im Osten möglichst nahe an den russischen Grenzen ins Auge gefasst wurde. Aus diesem Grund kritisierte der russische stellvertretende Außenminister Sergei Ryabkow am 13. Dezember 2021, er sehe in der Re-Aktivierung des 56. Artilleriekommandos ein „indirektes Zeichen“ dafür, dass die NATO plane, neue Mittelstreckenraketen zu stationieren. Es ist deshalb nachvollziehbar, dass Russland diese Entwicklung als Bedrohung bewertete, zumal es sich bei einem der in Entwicklung

befindlichen US-Systeme („Dark Eagle“) um eine Hyperschallrakete handelt, die in extrem kurzer Zeit Ziele in Russland treffen könnte: „Sollten Raketensysteme in der Ukraine auftauchen, wird deren Flugzeit bis Moskau 10 Minuten betragen, fünf im Falle von Hyperschallwaffen“, äußerte sich Wladimir Putin bereits am 30. November 2021.

NATO-Truppen in Osteuropa

Ähnlich wie in der Frage der Raketenstationierungen verhält es sich bei den Manövern und der NATO-Präsenz in Osteuropa: Der russische Angriff auf die Ukraine dürfte auch hier zum genauen Gegenteil dessen führen, was Moskau seinen Aussagen zufolge erreichen möchte.

Mit einiger Sicherheit ist damit zu rechnen, dass die Zahl der Manöver sich noch einmal erhöhen dürfte. Als Reaktion auf die Ukraine-Krise wurden die Manöver der NATO-Staaten ab 2014 verdoppelt und bleiben seither in etwa auf diesem hohen Niveau. Für 2021 waren zum Beispiel ursprünglich über 300 Übungen (95 der NATO und 220 der Einzelstaaten) vorgesehen, pandemiebedingt mussten allerdings einige davon abgesagt werden. Immer wieder kommt es dabei zu gefährlichen Beinahe-Zusammenstößen zwischen russischen und westlichen Einheiten, was besonders in der aktuell extrem aufgeheizten Situation brandgefährlich ist.

Vor allem aber fordert Russland, die ständige NATO-Truppenpräsenz auf den Stand der NATO-Russland-Akte von 1997 zurückzufahren. Diese völkerrechtliche Absichtserklärung wurde damals vereinbart, um russische Bedenken gegenüber der sich anbahnenden ersten NATO-Osterweiterung abzumildern, wozu insbesondere folgende Stelle dienen sollte: „Die NATO wiederholt, dass das Bündnis in dem gegenwärtigen und vorhersehbaren Sicherheitsumfeld seine kollektive Verteidigung und andere Aufgaben eher dadurch wahrnimmt, dass es die erforderliche Interoperabilität, Integration und Fähigkeit zur Verstärkung gewährleistet, als dass es zusätzlich substantielle Kampftruppen dauerhaft stationiert.“

Spätestens mit der 2016 beschlossenen „Enhanced Forward Presence“ (EFP), der Stationierung von vier NATO-Bataillonen à etwa 1.000 bis 1.500 SoldatInnen in den drei baltischen

Staaten und Polen, war die NATO-Russland-Akte aber hinfällig (zusätzlich hatten die USA bilateral tausende SoldatInnen in Polen stationiert). Aus russischer Sicht handelte es sich bei dieser Präsenz – die nun massiv ausgebaut wird – um einen Bruch der 1997 getroffenen Vereinbarungen.

Alternativlose Eskalation?

Schon lange erleben wir, wie zwei Machtblöcke scheinbar wie auf Autopilot aufeinander zusteuern. In der praktizierten Weise musste es früher oder später zu einer dramatischen Eskalation kommen, worunter nun vor allem die Menschen in der Ukraine zu leiden haben. Lange war es dabei die NATO, die die aggressive Richtung vorgab, während Russland – ebenfalls teils mit harten Bandagen – nachzog. Nun ist Russland buchstäblich in die Offensive gegangen, was die Vorgeschichte aber nicht ungeschehen macht.

Es ist völlig unklar, ob es nach der Präsentation der russischen Forderungen vom 17. Dezember 2021 Geheimverhandlungen gab, auf denen gegebenenfalls mehr angeboten wurde. In den Ende Januar 2022 überreichten offiziellen Antwortschreiben der USA und der NATO wurde jedenfalls in keinem der von Russland kritisierten Bereiche relevant auf Moskau zugegangen. Ob hiermit die jetzige Eskalation hätte vermieden werden können, lässt sich natürlich nicht mit letzter Gewissheit sagen, aber es wäre doch sehr wahrscheinlich gewesen. Ausgerechnet ein ausgewiesener Hardliner wie der emeritierte Politikprofessor Christian Hacke scheint dieselbe Ansicht zu vertreten: „Putins jüngste Rede zeigte zugleich seine tiefe Enttäuschung über die gescheiterten Versuche der letzten Jahre, den Westen auf die sicherheitspolitischen Interessen Russlands aufmerksam zu machen. [...] Noch auf der Münchener Sicherheitskonferenz am vergangenen Wochenende [18. bis 20. Februar 2022] hätte eine Kompromissplattform geschaffen werden können. Hätte der Westen diese Chance nur erkannt und genutzt! Als der chinesische Außenminister etwa eine neutrale Ukraine-Lösung vorschlug. [...] Mit dieser Unflexibilität verspielten Kiew und der Westen die letzte Möglichkeit einer Lösung, die den Einfluss von Ost wie West auf das Land hätte einhegen können. Dies aber wäre die einzige Opti-

on zur Bewahrung der territorialen Integrität der Ukraine gewesen. Die Minsker Abkommen hätten weiterhin Basis eines diplomatischen Weges bleiben können. All das ist nun Geschichte.“

Unmittelbar muss jetzt alles daran gesetzt werden, eine weitere Eskalation zu verhindern, sowohl in der Ukraine selbst als auch generell im Konflikt zwischen dem Westen und Russland. Perspektivisch ist aber vor allem eine Sache von entscheidender Bedeutung: Nicht Appeasement hat uns in diese Lage gebracht, wie aktuell vielfach zu hören ist, sondern Aufrüstung und knallharte Machtpolitik. Ernüchtert räumt beispielsweise auch der gut vernetzte Insiderdienst *Bruxelles2* eine gewisse westliche Mitschuld an den Ereignissen ein: „Auch wenn Putins Worte (teilweise) falsch sind, so beruhen sie doch auf einer gewissen Rationalität. Und sie sind klar und präzise. Der Westen hat es versäumt, Russland die Sicherheitsgarantien zu geben, die es verdient. Im Gegenteil, vom Kosovo 1999 über den Irak 2003 bis Libyen 2011, hat er das Völkerrecht und die Achtung vor der russischen Macht auf die leichte Schulter genommen. Moskau rächt sich mit denselben Waffen: Lügen, Umgehung internationaler Regeln, Gewalt statt Recht.“

Dies entschuldigt Russlands Krieg in keiner Weise, aber es unterstreicht, dass der Westen sich sehr genau über seine Verantwortung Gedanken machen sollte. Der bereits zitierte Journalist Andreas Zumach schreibt dazu richtigerweise: „[D]ie westlichen Staaten [machen sich] sehr unglaubwürdig, wenn sie zwar Russlands Bestrebungen zur Ausweitung seiner Einflussphären kritisieren, aber die mit der NATO-Osterweiterung vollzogene Ausweitung ihrer eigenen Einflussphären unterschlagen oder schönreden [...]. Nur wenn die westlichen Staaten diese Haltung aufgeben, ihre Mitverantwortung für die Verschlechterung der Beziehungen zu Russland anerkennen und daraus auch praktische politische Konsequenzen für die künftige Gestaltung dieser Beziehungen ziehen, besteht eine Chance, für deren dauerhafte Verbesserung und damit für Stabilität und Kooperation auf dem gemeinsamen eurasischen Kontinent.“

mit freundlicher Genehmigung von
Jürgen Wagner, Veröffentlicht am
3. März 2022 auf www.imi-online.de
Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.

Die Seuche und die Reichen



Unter der Überschrift „Corona macht die Superreichen noch reicher“ erschien am 18. 1. 2022 in den Nürnberger Nachrichten ein Artikel über den neuesten Oxfam-Bericht.

Wir drucken einige Passagen daraus und aus dem Oxfam-Bericht kommentarlos ab, sie sind deutlich genug. Anschließend dokumentieren wir eine Stellungnahme des DGB dazu.

„Die Corona -Pandemie hat die Schere zwischen Reich und Arm noch weiter geöffnet. Nach Berechnungen der Entwicklungsorganisation Oxfam haben die zehn reichsten Milliardäre weltweit ihr gesamtes Vermögen während der Covid-19-Pandemie auf insgesamt 1,5 Billionen Dollar verdoppelt. Das Vermögen aller rund 2750 Milliardäre weltweit sei um fünf Billionen Dollar auf 13,8 Billionen Dollar gestiegen, teilt die Entwicklungsorganisation mit. Gleichzeitig seien 2020 und 2021 insgesamt 332 Millionen Menschen unter die von der Weltbank definierte Armutsschwelle gerutscht. 3,2 Milliarden Menschen müssten weltweit mit weniger als 5,50 Dollar pro Tag auskommen. ‚Für Milliardäre gleicht die Pandemie einem Goldrausch‘, sagt Manuel Schmitt von Oxfam Deutschland angesichts der Vorlage des Berichts ‚Inequality kills‘ (Ungleichheit tötet)“. (N.N.)

In der deutschen Zusammenfassung und Ergänzung des Kampagnenreports *Inequality kills* werden die Gründe hierfür benannt. (Vollständiger Text unter www.oxfam.de/inequality-kills) „Die Ursachen der sich verschärfenden Ungleichheitskrise liegen in un-

serem Wirtschaftssystem. Wenn Profite für Konzerne und ihre Eigentümer*innen mehr zählen als der Schutz von Menschenrechten und des Planeten, wenn aus Kostengründen eine notwendige medizinische Behandlung verwehrt wird, wenn das Geld nicht reicht, um sich gesund zu ernähren oder Arbeitsbedingungen krank machen, dann erfahren Menschen Gewalt. Davon betroffen sind wir alle, allerdings nicht in gleichem Maße: Menschen, die in Armut leben, Frauen, Mädchen und Angehörige von Gruppen, die rassistisch diskriminiert werden, sind besonders betroffen. Um ein gutes Leben für alle zu ermöglichen und die globale Zukunft sozial und ökologisch gerecht zu gestalten, brauchen wir ein grundlegend anderes Wirtschaftssystem, eines, in dem wirtschaftliche Entscheidungen demokratisch gefällt werden und dessen handlungsleitendes Prinzip nicht der Profit, sondern das Gemeinwohl ist.

Ein System struktureller wirtschaftlicher Gewalt

... Diese strukturelle wirtschaftliche Gewalt ist eine der maßgeblichen Ursachen der sich zuspitzenden sozialen Ungleichheit. Strukturelle wirtschaftliche Gewalt entsteht nicht zufällig, sondern ist integraler Bestandteil der Art und Weise, wie unser Wirtschaftssystem und unsere Gesellschaften derzeit funktionieren. Sie gründet in der ungleichen Verfügungsmacht über gesellschaftliche Ressourcen, materialisiert sich in extremen Einkommens- und Vermögensunterschieden und verfestigt sich durch politische Entscheidungen, auf die wenige sehr

wohlhabende Menschen und Konzerne einen weitaus größeren Einfluss haben als die große Mehrheit. Strukturelle wirtschaftliche Gewalt trifft potenziell uns alle, aber in Armut lebende Menschen, Frauen und Mädchen sowie von Rassismus betroffene Menschen besonders stark, insbesondere wenn sie mehrere Diskriminierungserfahrungen machen, die sich gegenseitig verstärken.

Die Doktrin des Shareholder Values ist Kern des Problems; Kern dieses Systems und ein wesentlicher Treiber von Ungleichheit ist eine einseitige Ausrichtung auf die Interessen der – meist ohnehin schon vermögenden – Unternehmens- und Anteilseigner*innen. Die in unserem Wirtschaftssystem angelegte Orientierung am Profit wird durch die Doktrin des Shareholder Value ins Extrem getrieben. [...]

Deutsche Unternehmen bilden hier keine Ausnahme. So stiegen die Gewinne der DAX-30-Unternehmen zwischen 2009 und 2020 um 48 Prozent. Die Unternehmen verwendeten einen großen Teil ihrer Gewinne dazu, um Aktionärsinteressen zu bedienen. Ausschüttungen legten in diesem Zeitraum mit 85 Prozent deutlich stärker zu als die Gewinne. Die Corona-Pandemie scheint diese Entwicklung weiter anzukurbeln. Laut Handelsblatt werden die mittlerweile 40 DAX-Konzerne 2021 mit einem voraussichtlichen Nettogewinn von knapp 120 Milliarden Euro mehr als doppelt so viel verdient haben wie im Vorjahr. Davon profitieren vor allem die Aktionär*innen: Mit 45,5 Milliarden Euro dürften die 40 Dax-Konzerne im kommenden Jahr 25 Prozent mehr Dividenden ausschütten als 2021 – das wäre ein neuer Rekord. Besonders brisant: Gut ein Dutzend der Konzerne hat seit Ausbruch der Corona-Pandemie Kurzarbeitergeld für ihre Beschäftigten in Anspruch genommen, allen voran die drei großen Autobauer BMW, Daimler und Volkswagen. Es wird erwartet, dass sie zusammengerechnet Dividenden von gut zehn Milliarden Euro ausschütten. Die Gewinne werden also zum Teil durch Staatshilfen und damit unter Mithilfe der Steuerzahler*innen ermöglicht, um dann jedoch nicht der Allgemeinheit zugute zu kommen, sondern an die Aktionär*innen ausgeschüttet zu werden – eine Ungerechtigkeit, die gesellschaftliche Sprengkraft birgt.“

Oxfam sieht die Zeit gekommen für eine „Politik der sozial-ökologischen Transformation, mit Regeln, die die Interessen der großen Mehrheit in den Vordergrund stellen. [...] Wir benötigen eine sozial und ökologisch gerechte Wirtschaft, die sich nicht mehr maßgeblich am Profit, sondern am Gemeinwohl orientiert. Die Mitglieder der neuen Bundesregierung, des Deutschen Bundestages und der Parteien sollten sich daher in Deutschland, Europa und weltweit für die folgende Gerechtigkeitsagenda einsetzen:

- ▶ **Steuergerechtigkeit:** Konzerne und sehr Vermögende stärker in die Verantwortung nehmen und in soziale Grunddienste investieren
- ▶ **Impfgerechtigkeit:** Covid-19-Impfstoffe als globales öffentliches Gut allen Menschen weltweit kostenfrei zugänglich machen
- ▶ **Gerechtes Wirtschaften:** Unternehmen demokratisieren und gemeinwohlorientiert ausrichten
- ▶ **Konzernmacht brechen:** Marktkonzentration abschaffen, durchlässige Marktstrukturen fördern“

Auch der DGB greift im „klartext“ Nr. 3/2022 vom 21. Januar dieses Jahres den Oxfam-Bericht auf und spricht sich dafür aus, dass die „Vermögenskonzentration Umverteilung nötig“ macht. Denn „Die zehn reichsten Deutschen konnten ihr Vermögen demnach von etwa 125 auf 225 Milliarden Euro vergrößern, gewannen also 100 Milliarden Euro hinzu. Das ist nicht viel weniger als der Betrag, den alle deutschen Städte und Gemeinden zusammengenommen im Jahr 2020 an Steuereinnahmen zur Verfügung hatten. Mit 100 Milliarden Euro ließen sich auf einen Schlag zwei Drittel des kommunalen Investitionsrückstands beheben.“

Tatsächlich herrscht – auch in Deutschland – in mehrfacher Hinsicht ein Ungleichgewicht: Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen können sich angesichts der Inflation zum Teil grundlegende Güter nicht mehr leisten, während Vermögende mit spekulativen Finanz-Anlagen Immobilien- und andere Preise hochtreiben. [...] Deshalb muss der Reichtum umverteilt werden. Gerade hierzulande ist die Vermögensungleichheit größer als in vielen anderen Ländern. Gleichzeitig werden Vermögen in Deutschland so gering besteuert wie in kaum einem anderen vergleichbaren Land. ... Der DGB fordert unter anderem die Wiedererhebung der in Deutsch-

land ausgesetzten Vermögensteuer ... Außerdem muss die Begünstigung von Betriebsvermögen bei der Erbschaftsteuer abgeschafft werden. Von ihr profitieren vor allem Superreiche. Sie kostet jährlich zwischen 5 und 7 Milliarden Euro und ist die größte Subventionsberichts der Bundesregierung.“

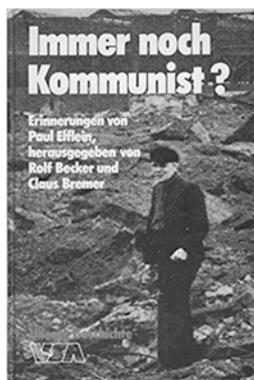
Doch wer sollte diese Forderungen nun umsetzen? Sie kommen vom DGB, der gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften die Interessen der Lohnabhängigen in Deutschland vertritt. Sind nun Aktionen zu erwarten, die über die Verbreitung des Oxfam-Berichts hinausgehen? Steht nun eine bundesweite Mobilisierung der Mitglieder an, um gegen die schreienden Ungerechtigkeiten zu Felde ziehen? Weit gefehlt, denn der DGB setzt auf Unterstützung von der Gegenseite. Der „klartext“ endet mit den Worten: „vor einigen Tagen haben sich sogar mehr als 100 Milliardäre öffentlich für eine Vermögensteuer ausgesprochen. Das sollte auch den FDP-Finanzminister überzeugen.“

So viel zum Zustand der politischen Vertretung der deutschen Arbeiterbewegung!

Anzeige

Immer noch Kommunist?

Erinnerungen von Paul Elflein



Herausgegeben von Rolf Becker und Claus Bremer

Hamburg 1978. 138 Seiten, Fadenheftung, fester Einband 5,00 €.

Bestelladresse:
Arbeiterstimme, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, pro Heft € 3.- / Abo € 13.-
Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 214 Winter 2021/2021, 32 S.

- Bundestagswahl und Außen- und Sicherheitspolitik
- Klassenanalyse: eine Aktualisierung
- Die Linke – ein Absturz mit Ansage
- Stärkste Kraft im Osten: AfD
- Brief aus Großbritannien
- Kuba im Juli 2021 – Frust oder Konterrevolution?
- Rezension: Die Rente
- „GDL und Bahnstreik?“

Nr. 213 Herbst 2021, 28 S.

- Der Westen gibt in Afghanistan auf
- Afghanistan: eine erste Bilanz
- Wie der Kommunismus nach China kam – Teil VI und Abschluss
- Der Kern des Bahn-Streits
- Nachruf auf Esther Bejarano
- **Rezension:** Eva kam aus Afrika...

Nr. 212 Sommer 2021, 36 S.

- Die deutsche Marine auf großer Fahrt gegen China 2.0
- Preis der Staatsinterventionismus
- Die Linke wählen?!
- IG Metall-Abschluss 2021
- Die Spur des Faschismus im Arbeitsrecht
- Die schier unglaubliche Geschichte des Dr. Ludwig Weißauer
- Zur Wahl der Verfassungsgebenden Versammlung in Chile

Nr. 211 Frühjahr 2021, 36 S.

- Die Corona-Pandemie – Zwischenbilanz
- Die LINKE mit weiblicher Doppelspitze
- Die christliche Rechte im Aufwind
- Kein großer Wurf – Betriebsrätetärkungsgesetz
- Wie der Kommunismus nach China kam – Teil 5
- 9. November – ein nationaler Gedenktag
- Labour ist in gemäßigten Händen
- Rezensionen: Revolte in Chile
Deutsche Krieger

Bestellungen bitte an:

Arbeiterstimme

Postfach 910307

90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

Arbeiterstimme

www.arbeiterstimme.org

Klassenanalyse: eine Aktualisierung, Teil II



Im ersten Teil wurden kurz die Klassen in Deutschland beschrieben¹. Es wurde festgestellt, dass nicht alle Lohnabhängigen, aber deren große Mehrheit zur Arbeiterklasse, als einer „Klasse an sich“, gerechnet werden können. Außerdem wurden die wichtigsten strukturellen Veränderungen analysiert, die im Laufe der letzten Jahrzehnte bei den Lohnabhängigen festzustellen waren. Im zweiten Teil soll versucht werden, die notwendigen politischen Schlüsse zu ziehen.

Wie wir gesehen haben, ist die Gruppe der Lohnabhängigen sehr groß. Allerdings ist auch eine große Fragmentierung innerhalb dieser Gruppe festzustellen. Außerdem ist generell das heute vorhandene Klassenbewusstsein nur schwach entwickelt, auch wenn es beträchtliche Unterschiede bei den einzelnen Untergruppen der Lohnabhängigen gibt.

Der betrachtete Zeitraum (etwa seit 1950) ist dadurch charakterisiert, dass keine wesentliche Entwicklung in Richtung der „Klasse für sich“ stattgefunden hat, eher

im Gegenteil. Das muss man ohne Illusionen feststellen. Sicher hat es einige Kämpfe gegeben, die dieser negativen Tendenz entgegengewirkt haben. Aber als Gesamtresümee ist zu konstatieren, die Fragmentierung der Klasse hat weiter zugenommen, das Klassenbewusstsein wurde nicht wesentlich gestärkt. Die Veränderung der Strukturen in der Industrie führte vielfach zur zahlenmäßigen Verkleinerung bzw. zum gänzlichen Verschwinden von Belegschaften, die traditionell Kerne der Arbeiterbewegung mit überdurchschnittlichem Bewusstsein waren. Die Belegschaften der neuen Industrien, die vielerorts entstanden sind, sind dagegen oft nur gering mit den Traditionen der Arbeiterbewegung verbunden. Sie sind meistens weniger gewerkschaftlich organisiert als die Belegschaften der „alten“ Industrien, vom politischen Bewusstsein ganz zu schweigen.

Diese seit langem anhaltende Situation, deren Ende auch noch nicht abzusehen ist, ist auch das grundlegende Problem aller klassenorientierten linken Kräfte. Ihnen fehlt letztlich

der Resonanzboden für linke Forderungen und Politik.

Die innere Struktur der Klasse der Lohnabhängigen

Die gegenwärtige Fragmentierung innerhalb der Klasse ist vielfältig. Differenzierungen sind nach verschiedenen Kriterien möglich, etwa nach Gehaltsniveau, nach Qualifikationen (Angelernte, Facharbeiter, Spezialisten), nach regionalen bzw. Ost-West Unterschieden, nach Festanstellung oder Zeitverträgen, beschäftigt in Groß- oder Kleinbetrieben, in wirtschaftlich aufsteigenden oder absteigenden Branchen, besonders betroffen von Rationalisierungen bzw. Verlagerungen, nach dem gegenwärtigen Bewusstsein usw.

Für die politische Bewertung und als Basis für die weitere Diskussion wird eine Unterteilung in drei größere Gruppen vorgeschlagen.

Einmal der Niedriglohnsektor bzw. der durch ungünstige Arbeitsbedingungen festgelegte prekäre Bereich (Zeitverträge, Leiharbeit, Werkverträge und sonstige ungesicherte Arbeitsverhältnisse).

Zweitens ein Bereich, der (typischerweise) durch die festangestell-

1– Dort gibt es einen Fehler bei einer Zahlenangabe. In der ARSTI Nr. 214 auf Seite 6 heißt es: „... es gibt 250 000 Unternehmen mit mehr als 10 Beschäftigten“. Richtig ist: es gibt ca. 440 000 Unternehmen mit mehr als 10 Beschäftigten.

ten Facharbeiter repräsentiert wird. Auch die Stammebelegschaften in der Großindustrie sind meistens zu dieser Gruppe zu rechnen.

Der dritte Bereich setzt sich aus hochqualifizierten Angestellten zusammen, die oft ein Studium absolviert haben. Dieser letzte Bereich befindet sich in einem fließenden Übergang zu der „privilegierten Zwischenklasse“ (wenn man denn eine solche als eigene Klasse abgrenzen will).

Selbstverständlich gibt es auch Gruppen, die sich nicht so ohne weiteres in dieses Schema einordnen lassen. Trotzdem scheint diese Einteilung sinnvoll, denn allen drei genannten Bereichen kommt eine besondere politische Bedeutung zu, wenn auch aus jeweils ganz unterschiedlichen Gründen.

Der Niedriglohn- und prekäre Sektor ist in den Zeiten des Neoliberalismus stark gewachsen. In der jüngsten Vergangenheit scheint die zahlenmäßige Zunahme aber abgeflaut zu sein. Die Löhne im prekären Bereich bewegen sich oft an der Armutsgrenze und die Unsicherheit der Arbeitsbedingungen lässt kaum eine verlässliche Lebensplanung zu. Für die Gewerkschaften wäre es wichtig, sich in diesem Bereich besser zu verankern, um erfolgreich Arbeitskämpfe führen zu können. Bisher war das nur teilweise der Fall. Aufgrund des häufig niedrigen Organisationsgrads



und der prekären Situation ist die eigene Durchsetzungsfähigkeit dieser Gruppen oft gering. Wegen dieser relativen Schwäche besteht eine ständige Gefahr der Vernachlässigung ihrer Interessen durch die real bestehenden Arbeiterbewegungen.

Soziale Brisanz könnte entstehen, wenn weitere erhebliche Teile der (noch) Festangestellten mit dem Abstieg in den prekären Bereich konfrontiert würden. Diese Möglichkeit ist als latente Gefahr für nicht wenige ständig präsent und wirkt sich auf deren Verhalten aus. Für alle linken Kräfte gehört es zu den dringlichsten und wichtigsten Zielen, hier um Verbesserungen zu kämpfen oder, defensiver gesprochen, zumindest die weitere Ausdehnung dieses Bereichs zu verhindern.

Der zweite Bereich ist nach wie vor noch die größte Untergruppe bei den Lohnabhängigen. Allerdings zeigte sich hier eher ein Trend zum allmählichen Schrumpfen. Für die Gewerkschaften und die Tarifaussensetzungen ist dieser Bereich von zentraler Bedeutung, insbesondere die Stammebelegschaften in der Großindustrie bilden dabei den Kern der mobilisierbaren Kräfte. Denn hier finden sich die Teile der Arbeiterklasse, die von ihrem Bewusstsein und ihrer Stellung im Produktionsprozess her in der Lage sind, größere Arbeitskämpfe erfolgreich zu führen, inklusive der dazu notwendigen Streiks. Das sind die Bereiche, die auch heute noch einigermaßen den traditionellen Vorstellungen von Arbeiterklasse entsprechen.

Neue Klassen in der spätmodernen Gesellschaft? Oder die wiederentdeckte Klassenfrage in der Soziologie.

Während die prekären Schichten häufig Schwierigkeiten haben, ihre Interessen in der Öffentlichkeit zu artikulieren, ist die Situation bei den Hochqualifizierten eine ganz andere. Eine gesellschaftliche „Unsichtbarkeit“ droht hier nicht. Im Gegenteil, diese Gruppe ist ganz deutlich sichtbar und in den öffentlichen Debatten sehr präsent.

Diese Präsenz erzeugt Aufmerksamkeit und seit einigen Jahren gibt es eine soziologische Diskussion über die Bedeutung der Hochqualifizierten. Teilweise wird dabei auch mit dem Klassenbegriff operiert, wenn auch nicht im Sinne einer marxistischen Klassenanalyse. Es gibt inzwischen etliche (Buch-)Veröffentlichungen, die sich mehr oder weniger tief-schürfend mit der Gruppe der Hoch-

qualifizierten und deren Stellung in der Gesellschaft befassen. Zu nennen wären etwa aus Deutschland Andreas Reckwitz mit „Das Ende der Illusionen“ oder aus Großbritannien David Goodhart mit „The Road to Somewhere“. Wenn man so will, ist die Gruppe der Hochqualifizierten auch die Basis der von Sarah Wagenknecht in ihrem neuen Buch beklagten „Linksliberalen“ bzw. „Lifestyle-Linken“.

Reckwitz postuliert für die jüngere Vergangenheit die Herausbildung einer „neuen Mittelklasse“, diese „... ist die Klasse der Hochqualifizierten, das heißt derjenigen, die in der Regel über einen Hochschulabschluss verfügen und in der Wissensökonomie im weitesten Sinne beschäftigt sind. Insofern ist sie eine Akademikerklasse“ (Seite 90). Reckwitz spricht von einer erheblichen Band-

breite der Einkommen innerhalb dieser Gruppe, unterscheidet dabei aber nicht zwischen lohnabhängig Beschäftigten, Selbständigen oder kleineren Kapitalisten. Er grenzt seine „neue Mittelklasse“ nach oben nur von einer „Oberklasse der Superreichen“ ab (S. 86). Daneben gibt es nach Reckwitz noch die „alte Mittelklasse“ (keine Akademiker) und die „neue Unterklasse“ oder prekäre Klasse. Dabei geht er davon aus, dass sich die neuen Klassen (also Mittelklasse und Unterklasse) aus einer früher (besonders typisch in den 60er Jahren) existierenden „nivellierenden Mittelstandsgesellschaft“ heraus entwickelt haben. Die „alte Mittelklasse“ ist sozusagen der verbleibende Rest der Mittelstandsgesellschaft. Nach dieser Sicht wurde der Trend zu



Ein gewisses Klassenbewusstsein ist durchaus vorhanden, wenn auch nicht unbedingt sehr entwickelt und nicht sehr politisch. Zumindest Vorstellungen von einem „Wir da unten müssen zusammenstehen und uns gegen die da oben wehren“, dürften weit verbreitet sein und bei Arbeitskämpfen auch mobilisierend wirken.

Ein genauerer Blick auf die Hochqualifizierten

Der dritte Bereich, die Hochqualifizierten, erhält seine Bedeutung einmal dadurch, dass er ein zahlenmäßig wachsender ist. Das war in der jüngeren Vergangenheit so und wird vermutlich auch in der Zukunft so bleiben. Die Größe und damit auch das ökonomische und gesellschaft-

liches Gewicht der Gruppe dürfte langfristig weiter zunehmen.

Und dann gibt es noch einen weiteren Grund, sich eingehender mit diesem Bereich zu befassen. Denn hier sind die Verhältnisse besonders kompliziert. Daraus erwachsen leicht Fehleinschätzungen und Missverständnisse.

Die häufig zur Abgrenzung der Gruppe verwendeten Begriffe wie hochqualifiziert, Hochschulabsolvent, Akademiker bezeichnen alle etwas Ähnliches, wenn auch nicht genau das Gleiche. Diesen Begriffen ist auch gemeinsam, keine direkte Aussage über die Klassenzugehörigkeit zu beinhalten. Denn ein Studium oder ganz allgemein eine Ausbildung ist (im typischen Fall) ein Lebensabschnitt, der der Einordnung in

die Klassenstruktur vorgelagert ist. Grundsätzlich lässt die Ausbildung als solche die Klassenfrage offen, wenn auch praktisch eine gewisse Vorentscheidung damit verbunden sein kann.

Konkret gesprochen, es gibt den Fall, dass jemand nach einem Wirtschaftsstudium den elterlichen Betrieb übernimmt. Er ist damit durch sein Erbe der Kapitalistenklasse zugeordnet. Eine andere Person praktiziert nach ihrer Ausbildung als niedergelassene Ärztin und etabliert sich damit als Selbstständige in einem der sogenannten freien Berufe. Wieder jemand anderes geht als Politikwissenschaftler in den Journalismus, erhält aber keine feste Anstellung und schlägt sich mehr schlecht als recht als freier Autor durch. Er ist damit formal selbständig, hat aber ein so geringes und unzuverlässiges Einkommen, dass er eigentlich zur Schicht der Prekären zu rechnen ist.

Und dann gibt es die Absolventen von Hochschulen, die beim Kapital oder beim Staat eine lohnabhängige Beschäftigung aufnehmen. Für diese, und eigentlich nur für diese, stellt sich die Frage, ob sie als Lohnabhängige zu einer modern definierten Arbeiterklasse gerechnet werden können und sollen.

Betrachtet man empirisch das gegenwärtige Bewusstsein und die Selbsteinschätzung der Hochquali-

einer allgemeinen Nivellierung der Klassenunterschiede, den es in der Nachkriegszeit bis in die 70er Jahre gegeben hätte, inzwischen wieder von einer deutlicheren Differenzierung der Klassenstruktur abgelöst.

Reckwitz interessiert sich besonders für die „neue Mittelklasse“. Zur Charakterisierung verweist er vor allem auf kulturelle Phänomene. Typisch wäre das Streben nach Selbstverwirklichung und eine ausgesprochen kosmopolitische Orientierung. Angehörige der „neuen Mittelklasse“ würden sich in den großen urbanen Zentren konzentrieren und wäre relativ wenig ortsgebunden. Sie würden auch für einen langsamen, aber umfassenden Wertewandel stehen, weg von Pflicht und Disziplin betonenden Auffassungen, hin zu Selbstverwirklichung, Genuss- und Erlebnisorientierung. Nach Reckwitz ist die „neue Mittelklasse“ „...die kulturell,

ökonomisch und politisch einflussreichste Gruppe der spätmodernen Gesellschaft“ (S. 90). Sie wäre insgesamt progressiv, verbindet wirtschaftsliberale mit linksliberalen Elementen und zeige eine hohe Wertschätzung von Bildung und beruflicher Leistung, von Persönlichkeitsrechten, Gleichberechtigung und Ökologie (S. 96).

Für alle diese Aussagen lassen sich natürlich Entsprechungen in der Realität finden. Der Autor liefert in gewissem Sinne eine Momentaufnahme der sozialen Verhältnisse und der Veränderungen der jüngeren Vergangenheit. Auch wenn man die Beschreibung als eine Zuspitzung auf die als besonders typisch eingeschätzten Ausprägungen betrachtet, wird man den Eindruck nicht los, wirklich zutreffend sind die Beschreibungen nur für eine relativ kleine Schicht, bei der sich diese Zuschreibungen konzentrieren. Für die Mehrheit (auch der

Akademiker als typische Vertreter) trifft zwar das eine oder andere zu, vieles (z.B. Ortsungebundenheit) aber höchstens teilweise. Andere Tendenzen (z.B. weg von Pflicht und Disziplin, hin zur Selbstverwirklichung) sind auch auf einer viel breiteren Basis feststellbar. Deshalb ist die Abgrenzung zu anderen Gruppen in der Realität viel weniger klar als dargestellt. Die Übergänge sind fließend, oft können kaum Grenzen ausgemacht oder definiert werden. Auch deswegen, weil die genannten Kriterien sich vor allem auf gesellschaftliche Überbauphänomene beziehen, wie Lebensstil, Habitus und Elemente des Bewusstseins. Dabei besteht kein Zweifel darüber, dass diese Überbauphänomene vorhanden sind und von Autoren wie Reckwitz teilweise sehr treffend beschrieben werden. Aber wie relevant sind diese Befunde, was davon ist einigermaßen sta-

fizierten, spielen noch weitere Faktoren eine wichtige Rolle. Für viele Menschen ist besonders die Zeit als Jugendliche und junge Erwachsene (das heißt die Zeit der Ausbildung) prägend. In dieser Zeit entwickeln und verfestigen sich Identität, Lebensstil und Habitus. Oft hält diese Prägung das ganze Leben an. Das macht ein Selbstverständnis möglich, in dem Dinge wie Lebensstil, das „*Lebensgefühl einer Generation*“ oder auch der erreichte Status eines Ingenieurs, Juristen etc. eine zentrale Stelle einnehmen können, eventuell auch abweichend von der im weiteren Leben sich ergebenden realen Lage. In Zeiten wie den gegenwärtigen, die nicht durch größere Klassenauseinandersetzungen charakterisiert sind, sind solche subjektiven Faktoren natürlich besonders wirksam.

Es ist deshalb nicht unwahrscheinlich, dass im konkreten Selbstverständnis vieler die objektive Klassenlage nur eine untergeordnete Rolle spielt. Stattdessen stehen kulturelle Gepflogenheiten und Lebensstile als Akademiker, als Angehörige der gebildeten Schichten etc. im Vordergrund. Die empfundenen Gemeinsamkeiten mit anderen (nicht lohnabhängigen) Vertretern der gleichen Profession oder Ausbildung können eine größere Rolle spielen als die Gemeinsamkeiten mit anderen Lohnabhängigen.



Die Bereiche der Facharbeiter und des Prekariats befinden sich traditionell im Fokus der Arbeiterbewegung und ihrer Organisationen. Nicht so die Sphäre der Hochqualifizierten. Hier gab und gibt es noch eine relativ große Distanz und des öfteren ein Spannungsverhältnis. Das hat einmal historische Gründe, früher gab es praktisch keine Hochschulabsolventen in der Arbeiterklasse. Arbeiter und Akademiker waren klar getrennte gesellschaftliche Gruppen. Letztere grenzten sich von den Arbeitern ab und waren aus Sicht der Arbeiter oft Repräsentanten der Gegenseite. Dazu kamen (und kommen)

vielfältige kulturelle Differenzen, die sich durch die soziale Realität immer wieder reproduzieren (man denke nur an die unterschiedlichen Sprachgewohnheiten und Ausdrucksweisen der beiden Gruppen).

Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat diese historische Trennung abgeschwächt. In den Betrieben arbeitet eine immer größere Anzahl von Beschäftigten mit einer Ausbildung an Universitäten, Fachhochschulen etc., ohne Leitungsfunktionen oder sonstwie hervorgehobene Positionen einzunehmen. Es gibt inzwischen Betriebe und Branchen (z.B. der IT-Bereich), in denen die

bil und was kann auch relativ schnell wieder von anderen, neuen Überbauphänomenen verdrängt werden?

Reckwitz schreibt der „*neuen Mittelklasse*“ großen Einfluss zu. Sie ist „... die kulturell, ökonomisch und politisch einflussreichste Gruppe der spätmodernen Gesellschaft.“ Hinterfragt man diesen behaupteten großen Einfluss, stößt man immer wieder auf ihre öffentliche und mediale Präsenz. Diese soll im Folgenden etwas näher betrachtet werden.

Als Beleg dafür wird angeführt, dass die Themen, die in der Öffentlichkeit verhandelt werden, weitgehend Themen der akademischen Schichten sind und diese auch mehrheitlich den Resonanzboden für die Debatten bilden. Als typische Themen werden Umwelt, Klimawandel, Feminismus, Anti-Rassismus, Emanzipation und Menschenrechte genannt. Auch viele Menschen, die sich

in irgend einer Weise stärker engagieren, sei es in NGOs oder Parteien, rekrutieren sich aus diesen Kreisen. Dabei geht es keineswegs nur um Politik und verwandte Bereiche. Es geht auch um Kultur im engeren wie im weiteren Sinne, um Lebensweisen, Lebensstile, Moden usw.

Allerdings sollte nicht vergessen werden, Schichten oder Klassen haben nicht einfach Zugriff auf die Medien. Die Medien müssen deren Vertreter auch zu Wort kommen lassen. Eine große Medienpräsenz von bestimmten Themen kann zwar auch als ein Zeichen für deren gesellschaftliche Relevanz gewertet werden. Aber die Themen müssen auch aufgegriffen oder zumindest zugelassen werden. Die Entscheidung darüber liegt bei den Medien bzw. deren Besitzern.

Eine ähnliche Einschränkung ist auch hinsichtlich des Engagements

in Organisationen zu machen. Sicher ist es zutreffend, dass in vielen Organisationen wie etwa NGOs viele der Aktiven und vermutlich noch mehr der dort angestellten Kräfte empirisch der „*neuen Mittelklasse*“ nach Reckwitz zugeordnet werden können, weil sie z.B. einen Hochschulabschluss haben. Zu unterscheiden ist aber ein persönliches Engagement für bestimmte Ziele vom Trend zur Akademisierung bei (bezahlten) Funktionsträgern. Ein solcher Trend lässt sich ganz allgemein bei sehr vielen Organisationen, Parteien, Gewerkschaften etc. beobachten. Auch bei solchen, wo das früher vielleicht nicht so üblich war. Für manche dieser Organisationen bedeutet das einen Kulturwandel, der nicht immer reibungslos über die Bühne geht. Aber was bedeutet es noch? Es mag zu Kommunikationsproblemen zwischen „*einfachen*



Mehrheit der Beschäftigten dieser Gruppe angehören.

Auch als Beamte bzw. im öffentlichen Dienst werden viele Hochschulabsolventen beschäftigt, die in ihrer großen Mehrheit nie in die oberen Ränge aufsteigen werden (z.B. als Lehrer der verschiedenen Schultypen).

Vielen dieser Beschäftigten ist ein traditionelles „akademisches Standesbewusstsein“ inzwischen fern, es gilt als überholt und als etwas sehr Konservatives, mit dem man sich nicht mehr identifizieren will. Aber ganz verschwunden ist es auch noch nicht.

Mitgliedern“ und akademischen Funktionären kommen, die durchaus für das Funktionieren der Organisationen relevant sein können. Aber ändert sich deswegen die Organisation grundsätzlich in Zweck und Ziel? Wohl kaum. Der Trend zur Akademisierung ist ja auch bei ganz unterschiedlichen Organisationen mit den verschiedensten Zielsetzungen zu beobachten. Einfluss und Macht kommt dem dortigen Personal eventuell als Repräsentanten ihrer Organisation und der durch sie vertretenen Interessen zu, aber nicht als Angehörige einer sozialen Schicht wie etwa der „neuen Mittelklasse“.

Richtig ist, dass sich die Schicht der Akademiker, im Gegensatz zu weiter zurückliegenden Zeiten, mehrheitlich nicht als konservativ, sondern als kritisch progressiv oder links versteht.

Wie gesagt, die Bezeichnung Akademiker oder hochqualifiziert sagt noch nichts über die Klassenlage aus. Nicht zu leugnen ist allerdings die Tatsache, dass Angehörige dieser Gruppen zur Zeit noch Vorteile genießen, z.B. den, dass ihre Fähigkeiten im Schnitt relativ gefragt sind und vergleichsweise gute Löhne und Arbeitsbedingungen dafür angeboten werden. Hoffnungen auf eine (womöglich etwas größere) Karriere sind für sie realistischer als bei weniger qualifizierten Arbeitskräften. Hochqualifizierte haben generell eine deutlich größere Chance, in leitende oder andere hervorgehobene

Richtig ist auch, dass die Teile der Gesellschaft, die nicht defensiv den Status quo verteidigen, die zu Veränderungen drängen und dabei einen relevanten gesellschaftlichen und politischen Druck erzeugen, zu einem erheblichen Teil dort verortet werden können, was Reckwitz „neue Mittelklasse“ nennt. Sie machen sich dabei zum Sprecher der Allgemeinheit und thematisieren die offenen Fragen und Widersprüche der Gesellschaft. Die im Mittelpunkt stehenden Themen wie Umwelt, Klimawandel, Feminismus, Anti-Rassismus, Emanzipation, Menschenrechte sind auch nach dem Selbstverständnis ihrer Propagandisten die allgemeinen Themen der Gesellschaft, ja der Menschheit. Dort, wo soziale Fragen aufgegriffen werden, werden diese meistens als (relativ abstrakte) Vorstellungen über soziale Gerechtigkeit, Gleichheit und Nicht-Diskriminierung vorgetragen.

Positionen aufzusteigen und damit Teil der privilegierten Zwischenklasse zu werden. Sogar wenn keine hervorgehobene Position erreicht wird, ist das Einkommen häufig höher als beim Durchschnitt der Lohnabhängigen und bildet damit eine Basis für materielle Sonderinteressen.

Auch der Schritt in die Selbständigkeit ist für etliche eine durchaus realistische Möglichkeit. Gelegentlich kann es auch weit über Selbständigkeit hinaus gehen und es gelingt, einen größeren (kapitalistischen) Betrieb aufzubauen. Solche Beispiele von besonders erfolgreichen Start-ups werden in den Medien immer wieder prominent dargestellt.

Aber andererseits ist davon auszugehen: für den weitaus größeren Teil der Hochschulabsolventen bzw. die Inhaber von ähnlichen formalen Qualifikationen besteht real nur die Möglichkeit, sich in die große Gruppe der Lohnabhängigen einzureihen und ihren Lebensunterhalt durch Verkauf ihrer Arbeitskraft zu verdienen. In der Realität erfüllen sich Karrierehoffnungen bei weitem nicht für alle. Außerdem garantiert eine lange Ausbildung mit entsprechenden Diplomen keinesfalls eine dazu passende gut bezahlte und sichere Stelle. Es gibt etliche, die sich für längere Zeit von Zeitvertrag zu Zeitvertrag hangeln müssen und es

Inhaltlich kann man vieles, was in den aktuellen Debatten vorgebracht wird, als kritisch gegenüber dem Status quo der Gesellschaft bezeichnen. Es sind oft mehr oder weniger linke Positionen, die vorgebracht werden. Man kann das durchaus aus der gesellschaftlichen Situation ihrer Träger erklären. Diese leben in einer Gesellschaft, die sich auf einen gewissen Stand der Entwicklung (bürgerliche Demokratie, Rechtsstaat) befindet und die materiellen Wohlstand bietet. Vermutlich spielt dabei auch das Wissen oder die Ahnung eine Rolle, selbst Teil der technisch-professionellen Intelligenz zu sein, die zum Detail-Management der Gesellschaft gebraucht wird. Die eigene Stellung im Gefüge dieser Gesellschaft ist gewiss nicht die herrschende, aber doch eine relativ günstige und verspricht eigentlich Teilhabe. Sie wäre also erhaltenswert und man könnte

gibt auch Akademiker, die, einmal arbeitslos geworden, aus der Arbeitslosigkeit nicht mehr herauskommen. Grundsätzlich kann man feststellen, die Neoliberalisierung ist auch am qualifizierten Personal nicht vorbeigegangen. Auch diese Gruppen von Beschäftigten sind den Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise unterworfen. Insbesondere gilt, je größer diese Gruppe wird und je allgemeiner Hochqualifizierte in der kapitalistischen Produktion und Reproduktion herangezogen werden, desto weniger substanzial können Privilegien ausfallen, die sie eventuell im Vergleich zu anderen Beschäftigten genießen. Und genau davon ist auszugehen. Der Anteil der hochqualifizierten Lohnabhängigen wird noch größer werden, die Umschichtung bei den Qualifikationen des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters in Richtung auf höhere Qualifikationsanforderungen wird sich fortsetzen. Das zahlenmäßigen Anwachsen der Gruppe der Hochqualifizierten zeigt, dass sich ihre Aufgaben in einem grundsätzlichen Wandel befinden. Sie verschieben sich immer mehr hin zu Standardtätigkeiten, die auch von einer entsprechend großen Anzahl von Beschäftigten ausgeführt werden müssen. Die Rolle des nur in geringer Anzahl vorhandenen Spezialisten gibt es zwar nach wie vor. Sie ist aber nicht mehr das (zahlenmäßige)



Hauptbetätigungsfeld der Hochqualifizierten.

Aufgrund der objektiven Lage besteht für die Betroffenen eigentlich die Notwendigkeit, sich als Lohnarbeiter zu begreifen, der im Prinzip den gleichen kapitalistischen Mechanismen ausgesetzt ist wie andere Gruppen der Lohnarbeiter. Dementsprechend wäre es auch logisch, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Die Tätigkeiten von höher Qualifizierten sind keineswegs generell vor Rationalisierung, Dequalifizierung, Auslagerung von Arbeitsplätzen und der damit zusammenhängenden Lohn-

drückerei geschützt. Dafür sorgen die technische Entwicklung und der Kapitalismus. Man muss kein Hellseher sein, um vorherzusagen, dass es solche Entwicklungen, mit entsprechend negativen Folgen für die Beschäftigten, auch in der Zukunft geben wird, vermutlich werden sie zunehmen. Allerdings soll damit nicht die These vertreten werden, dass die relativ günstige Lage für die Hochqualifizierten sich in naher Zukunft generell und schnell verschlechtern wird. Viel wahrscheinlicher ist ein differenzierteres, sich auch ständig veränderndes Muster. Manche Qua-

sich einrichten, wenn da nicht die hässlichen Flecken wie Klimawandel, Umwelterstörung, Diskriminierungen, latente Kriegsgefahr usw. wären. Errungenschaften und Gefährdungen werden natürlich von den Einzelnen ganz unterschiedlich wahrgenommen und verarbeitet. Daraus ergeben sich dann verschiedene Änderungs- bzw. Reformervorstellungen, mitunter auch mehr oder weniger radikale Gegenentwürfe für eine anzustrebende Gesellschaft. Die entwickelten Vorstellungen sind mannigfaltig, verfolgen verschiedene Ansätze und widersprechen sich zum Teil erheblich. Sie konkurrieren gegeneinander um gesellschaftlichen Einfluss und um die Unterstützung von Mehrheiten.

Allerdings sollte man das „links Sein“ nicht überschätzen. Einmal ist es inhaltlich oft sehr vage, zweitens gibt es nicht nur Progressive inner-

halb dieser Gruppe. Es gibt auch Wirtschaftsliberale, Konservative und ausgesprochene Rechte, nicht als Mehrheit, aber auch nicht nur als große Ausnahme.

Und es ist dann auch kein Zufall, dass von den vielen Ideen und Konzepten gerade die erfolgreich sind, die mit der bestehenden Gesellschaft (sprich Kapitalismus) einigermaßen kompatibel bzw. die zu entsprechenden realpolitischen Anpassungen bereit sind.

Andreas Reckwitz ist einer der Autoren, die wieder von Klassen und Klassengesellschaft sprechen. Sie brechen damit mit der teilweisen Tabuisierung dieser Begriffe (sie wurden lange nur mit der gleichzeitigen Charakterisierung als überholt oder vergangen gebraucht). Die Soziologen befassen sich wieder mit den großen Unterschieden und Ungleichheiten, deren erhebliche gesell-

schaftliche und politische Bedeutung für die bestehenden kapitalistischen Gesellschaften anerkannt wird. Sie nehmen zur Kenntnis, dass sich Ungleichheiten immer wieder reproduzieren, wenn auch oft mit veränderten Erscheinungsformen. Das alte Modell von der „nivellierenden Mittelstandsgesellschaft“ mit der angeblichen Auflösung aller Klassen ist nicht mehr haltbar. Trotzdem ist ein Autor wie Reckwitz weit von einer marxistischen Sicht entfernt. Hauptsächlich, weil er sich in seiner Analyse weitgehend auf Überbauphänomene beschränkt. Richtigerweise stellt er fest, dass die Hochqualifizierten zahlenmäßig zugenommen haben und eine wichtige Funktion in der sogenannten „Wissensökonomie“ ausüben. Aber viel weiter wird das nicht mehr untersucht. Was ist diese Wissensökonomie? Ist sie nur eine zusammenfassende Benennung einiger

lifikationen und Tätigkeitsbereiche geraten unter Druck, gleichzeitig ergeben sich für andere neue Chancen.

Zur Zeit ist so etwas wie Klassenbewusstsein, auch ein rein gewerkschaftliches, meistens nur schwach entwickelt, manchmal praktisch gar nicht vorhanden. Weit verbreitet sind noch Vorstellungen von individuellen Problemlösungsmöglichkeiten bei den Arbeitsbeziehungen. Ein entsprechendes Umdenken kam bisher nur zäh voran. Der Schritt, sich des eigenen Status als Lohnabhängige wirklich bewusst zu werden und daraus die Folgerung zu ziehen, gemeinsam und solidarisch mit den anderen Teilen der Lohnabhängigen zu agieren, steht für viele noch aus. Nicht alle, aber ein großer Teil hat dabei noch einen weiten Weg vor sich.

Die Zuordnung von hochqualifizierten Lohnabhängigen zur Arbeiterklasse ist also noch stärker als bei anderen Untergruppen eine Zuordnung zur einer analytischen „Klasse an sich“.

Eine langfristige Perspektive: die Klasseneinheit aller Lohnabhängigen

Nur wenige begreifen die heutige Gesellschaft als Klassengesellschaft. Diesen weit verbreiteten Vorstellungen muss immer wieder entgegengehalten werden: selbstverständlich leben

aktueller Tendenzen oder soll der Begriff einen grundlegenden Wandel in der Gesellschaft zum Ausdruck bringen? Reckwitz setzt bei seiner Klassenanalyse hauptsächlich auf die empirisch einfach feststellbare Tatsache des Hochschulstudiums. Um die Einordnung in den gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozess geht es ihm höchstens am Rande.

Literaturhinweise

Goodhart, David; „The Road to Somewhere“; London 2017
Reckwitz, Andreas; „Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne“; Berlin 2019

Wagenknecht, Sarah; Die Selbstgerechten, Mein Gegenprogramm für Gemeinsinn und Zusammenhalt; Frankfurt 2021

wir nach wie vor in einer kapitalistischen Klassengesellschaft. Das Klassenverhältnis bestimmt nicht nur die Arbeitswelt, sondern geht weit darüber hinaus und betrifft letztlich ganz allgemein alle Lebensbedingungen. Kapitalismus bedeutet immer auch Klassengesellschaft. Auch das Verhältnis zur Natur und der Umgang mit ihr wird durch den Kapitalismus und die kapitalistische Klassengesellschaft determiniert. Somit sind auch Themen wie Klima und Ökologie nur scheinbar unabhängig von der Klassenfrage. Spätestens beim Versuch, dafür wirkliche Lösungen und nicht nur eine gewisse Abmilderung der Probleme zu erreichen, wird auch die Klassenfrage sichtbar werden.

Erst recht ist die Klassenfrage entscheidend, wenn es einmal darum geht, eine grundlegende Umgestaltung dieser Gesellschaft im Interesse der lohnabhängigen Klassen herbeizuführen.

Dazu bedarf es aber der Herausbildung der „Klasse für sich“. Diese sollte möglichst alle Teile und Fragmente der Lohnabhängigen umfassen, also auf einer weitgehenden Klasseneinheit aufbauen. Denn nur eine selbstbewusste und weitgehend geeinte Arbeiterklasse kann wirklich politisches Gewicht entfalten. Je größer die Teile sind, die abseits stehen oder vielleicht gar mit dem Klassengegner paktieren, desto schwächer ist das Gewicht der Arbeiterklasse. Die Klasseneinheit aller Lohnarbeiter ist das Ziel und muss deswegen für alle marxistisch orientierten Linken der strategische Kern ihrer Arbeit bleiben.

Das Ziel der Klasseneinheit lässt sich gut begründen. Aber damit ist es in der Praxis noch nicht erreicht. Offensichtlich ist die gegenwärtige Situation noch weit von einer umfassenden Klasseneinheit entfernt, die sowohl Facharbeiter, als auch Prekäre und die lohnabhängigen Hochqualifizierten einschließt. Selbstverständlich gibt es keine simplen Rezepte, die einfach anzuwenden wären, um dieses Ziel zu erreichen.

Die gegenwärtige Lage: Schwanken ...

Betrachtet man die gegenwärtige politische Situation, muss man das weitgehende Fehlen von Klassenfragen in der öffentlichen Diskussion

konstatieren. Natürlich sind diese real vorhanden, sie werden aber meistens nicht als solche benannt. Große klassenbewusste Aktionen oder gar Bewegungen gibt es zur Zeit nicht. Nur bei Tarifauseinandersetzungen werden Klassenfragen einigermaßen sichtbar. In der aktuellen Politik spiegeln sich die Interessen der arbeitenden Klassen häufig nur indirekt, vermittelt über den Begriff „soziale Gerechtigkeit“.

Die (relative) Abwesenheit der Klassenfrage in den entwickelten kapitalistischen Ländern ist zu einem ganz erheblichen Teil darauf zurückzuführen, dass es möglich war, einem sehr großen Kreis der Gesellschaft einen bemerkenswerten materiellen Wohlstand zu ermöglichen und auch eine Perspektive für die Zukunft zu bieten. In der Nachkriegszeit galt das Versprechen, für eigene Leistungen belohnt zu werden und die Aussicht, dass die Kinder es besser haben werden als die Eltern. Dieses „Versprechen“ war zwar schon immer stark ideologisch geprägt, aber man kann nicht abstreiten, dass es auch einen realen Kern hatte. Seit der neoliberalen Offensive gilt dieses Versprechen mindestens für die unteren 50% der Bevölkerung nicht mehr. Ein individuelles sich Abrackern führt nicht mit großer Wahrscheinlichkeit zu einer besseren Bezahlung und es ist höchst fraglich, ob es den Kindern einmal besser gehen wird.

Zwischen Verunsicherung, Resignation und ...

Großteils haben die Menschen diese neuen Realitäten durchaus wahrgenommen und in gewissem Sinne auch die Konsequenzen daraus gezogen.

Allerdings nicht in Form von Gegenwehr und verstärkter gewerkschaftlicher oder politischer Aktivitäten, sondern eher in Form von Passivität und Resignation. Ein Zeichen dafür ist z.B. die Zunahme des (generellen) Nichtwählens bei den Arbeitern (ganz zu schweigen vom Wählen der AFD). Es ist nicht verwunderlich, dass die SPD (und die Grünen) als Hauptverantwortliche für die Agenda-Politik stark an Vertrauen verloren haben. Aber man sollte sich nichts vormachen, es ist auch eine starke Desorientierung

festzustellen. Die Enttäuschung über die SPD war auch nur auf der Basis einer lange akzeptierten (vermutlich auch gewünschten) Stellvertreterpolitik möglich. Nachdem sich gezeigt hat, dass die Stellvertreterpolitik nicht funktioniert, ist man ratlos und verunsichert über die zukünftige Perspektive. Die Abstiegs Erfahrungen bzw. die Befürchtungen, einen sozialen Abstieg erleiden zu müssen, lösen anscheinend Frustration, Gefühle der Ausgrenzung und des Abgehängtseins aus, aber (noch) wenig politischen Widerstand.

Dabei gibt es durchaus die langsam zunehmende Erkenntnis, dass wir in einer kapitalistischen Gesellschaft leben und dass deshalb das große Geld, die Konzerne, die Wirtschaft, oder wie immer das genannt wird, weitgehend über die Verhältnisse bestimmen. Und es gibt auch das Bewusstsein, dass man seine eigenen Interessen dagegen setzen muss und damit auch eine gewisse Bereitschaft zum Kampf. Ein solches vages „antikapitalistisches“ Bewusstsein ist in vielen Schichten vorhanden. Aber es sind auch sehr häufig, oft gleichzeitig bei den selben Menschen, Vorstellungen verbreitet, dass nur Auswüchse im Kapitalismus aber nicht der Kapitalismus selbst das Problem wären, dass es keine wirkliche Alternative zum Kapitalismus gebe bzw. diese noch schlechter funktionieren würden.

... Einsatz für Menschheitsziele

Die größeren und die öffentliche Diskussion dominierenden Bewegungen sind derzeit wenig von der Lage der Lohnabhängigen bestimmt. Sie werden nicht von Menschen getragen, die sich vor allem als Lohnabhängige oder gar als Arbeiterklasse verstehen. Im Gegenteil, die Ziele werden als über jede Klassenfrage hinausgehende, als Menschheitsziele verstanden. Das gilt für den Einsatz gegen die Klimaveränderungen ebenso wie für die sonstigen ökologischen Fragen, für den Einsatz gegen Diskriminierungen und auch für die Problematik von Flucht und Migration.

Diese Lage spiegelt sich auch innerhalb der Linken. Sowohl im Umfeld aller linken Strömungen, als

auch innerhalb der Partei Die Linke ist eine Differenzierung zwischen (mindestens) zwei verschiedenen Politikansätzen festzustellen. Ein Ansatz betont die Sozialpolitik und bezieht sich damit auf die (klassische) Arbeiterschaft mit ihren Anliegen. Der zweite Ansatz legt seinen Fokus eher auf Umwelt, Klima und Identitätspolitik. Dieser wird hauptsächlich von sogenannten jungen, urbanen Schichten getragen. Letztere sind meistens ziemlich weit von einer, wie auch immer begründeten, Klassenorientierung entfernt. Ihre Motivation ist oft stark von moralischen Ansprüchen geprägt. Die Differenzen und Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit erklären sich aus unterschiedlichen Mentalitäten und kulturellen Hintergründen, sowohl bei den jeweiligen Aktivisten, als auch bei den Unterstützern und Adressaten der Politik, bei letzteren eher noch mehr als bei den Aktivisten. Stark vereinfachend und zugespitzt könnte man von zwei typischen Vertretern für das jeweilige Politikverständnis sprechen: die klassischen Industriearbeiter einerseits und Menschen aus dem universitären Bereich andererseits. Die dort jeweils gängigen Auffassungen etwa zur Mobilität und Ökologie, zu Fragen der Migration oder zur sogenannten Identitätspolitik enthalten, ganz vorsichtig ausgedrückt, Konfliktpotential. Aber oft geht es gar nicht darum, die spezifischen Ziele und Forderungen des jeweils anderen Ansatzes abzulehnen. Prinzipiell sind bzw. könnten die meisten Ziele und Forderungen für beide Teile akzeptabel sein, seien sie nun sozial oder ökologisch. Das heißt aber nicht, dass sie wirklich gemeinsam getragen werden. Denn man findet oft nicht zu einer gemeinsamen Sprache, nicht zu einer gemeinsamen Sichtweise der Dinge und deshalb auch nicht zu einer gemeinsamen politischen Strategie.

Leider werden die vorhandenen Differenzen nicht immer in einer solidarischen Weise ausgetragen. (Ein Beispiel dafür ist sowohl das jüngste Buch „Die Selbstgerechten“ von Sarah Wagenknecht, als auch die innerparteiliche Kritik daran)

Klasseneinheit und eine „Klasse für sich“ sind zur Zeit sehr entfernte Ziele. Marxisten wissen, dass

der Weg dahin nicht künstlich beschleunigt werden kann, etwa allein durch verstärkte Propaganda. Aber es ist möglich und notwendig, eine Entwicklung in diese Richtung zu unterstützen durch langfristig angelegte, konsequent klassenorientierte (Tages-) Politik. Jede konkrete Aktion und die gesamte Strategie muss immer wieder darauf überprüft werden, ob sie im Einklang mit dem Ziel der Klasseneinheit steht.

Die Ausgangslage ist nicht günstig, das liegt an den Fragmentierungen, mit den damit verbundenen speziellen Interessen der Untergruppen und ihrem unterschiedlichen Bewusstseinsstand. Dazu kommt die gegenwärtige generelle Schwäche der Linken. Deshalb ist nicht gewährleistet, dass überall genügend Kerne von Aktiven vorhanden sind, die für eine klassenorientierte Politik mobilisierbar wären und diese dann als Multiplikatoren weiter tragen können. Es ist auch fraglich, wie groß der Kreis innerhalb des linken Spektrums ist, bei dem über die Bedeutung von Klassenorientierung und Klasseneinheit wirklich Klarheit besteht.

Das Skizzieren der „Klasse an sich“ ist eine relativ einfache Übung. Für eine politische Wirksamkeit ist aber die Herausbildung einer „Klasse für sich“ erforderlich. Ein wesentlicher Aspekt dabei ist die Herstellung der Klasseneinheit. Ohne ein Mindestmaß an Klasseneinheit kann es auch keine „Klasse für sich“ geben. Und ohne „Klasse für sich“ ist eine tiefgreifende Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft nicht denkbar. Als Ziel ist die Klasseneinheit für die sozialistische Linke deshalb ohne Alternative.

Es ist keineswegs sicher, dass eine Entwicklung in diese Richtung in absehbarer Zukunft beginnen wird. Es gibt dafür keine Garantie. Es ist heute nicht abzusehen, wie eine Entwicklung zur „Klasse für sich“ verlaufen wird, welche Teile der Klasse diesen Weg gehen werden und welche eventuell nicht, welche Spaltungen dabei eine Rolle spielen werden und ob diese letztlich überwunden werden können. Dabei ist nichts selbstverständlich und nichts ist ausgeschlossen.

Klassismus, ein neuer Begriff im linken Milieu

Ein neuer Begriff hat sich in den politischen Diskussionen bei mehr oder weniger linken Kreisen etabliert: Klassismus. Im Rahmen des Kampfes gegen jede Diskriminierung gilt es neben Rassismus oder Sexismus auch Klassismus zu bekämpfen. Unter Klassismus wird die Benachteiligung aufgrund der Klassenherkunft oder Klassenzugehörigkeit verstanden. Er wird als Unterdrückungsform, Abwertung, Ausgrenzung oder Marginalisierung wegen der Klasse beschrieben. Aber genaue Definitionen und begriffliche Abgrenzungen gibt es beim Themenbereich Klassismus eher nicht, insbesondere keine, die auch allgemein akzeptiert wären.

Der Begriff Klassismus setzt offensichtlich das Vorhandensein von verschiedenen Klassen voraus. Die Zugehörigkeit zu diesen Klassen kann dann Diskriminierung bzw. Privilegierung zur Folge haben. Aber genau bei der konkreten Klassenanalyse, zur Frage, wie und wodurch diese Klassen begründet sind und wie die Abgrenzungen zwischen ihnen verlaufen, gibt es in der einschlägigen Diskussion keine Einigkeit. Klar ist, es sind nicht die Reichen und Mächtigen, die dem Klassismus ausgesetzt sind. Aber darüber hinaus ist nicht mehr sehr viel klar. Nur wenige Wortmeldungen orientieren sich an den marxistischen Kriterien der Klassenanalyse. Generell ist das keineswegs der Fall. Die für Marxisten fundamentale Trennung in Kapital besitzende Klassen und arbeitende Klassen wird meistens nicht oder zumindest nicht konsequent nachvollzogen. Es gibt z.B. Autoren, die allein nach Einkommen unterscheiden und von Armut-, Mittel- und Reichtumsklasse sprechen. Nicht selten gibt es eine bewusste Abgrenzung vom Marxismus, dem z.B. Ökonomismus und Klassenreduktionismus vorgeworfen werden.

Als ein Beispiel für Klassismus werden immer wieder die Schwierigkeiten genannt, denen Studierende aus bildungsfernen Schichten im



Gegensatz zu solchen aus Akademikerfamilien im universitären Umfeld ausgesetzt sein können. Selbstverständlich gibt es solche Probleme und damit zusammenhängende Diskriminierungen. Initiativen zur Lösung solcher Probleme an den Universitäten sind sinnvoll. Nur werden Marxisten auch daran festhalten, dass Unterschiede zwischen bildungsfern und bildungsnah auch innerhalb einer großen Klasse wie etwa der der Lohnabhängigen auftreten können. Ganz gewiss sind sie nicht der grundlegende Klassengegensatz in einer kapitalistischen Gesellschaft.

Eine ähnliche Situation zeigt sich, wenn von Ausbeutung die Rede ist. Denn viele Argumentationen laufen darauf hinaus, dass Ausbeutung vor allem besonders ungünstige Verhältnisse, wie extrem niedrige Löhne, schlechte Arbeitsbedingungen etc., voraussetzt. Das marxistische Verständnis von Ausbeutung wird dagegen im allgemeinen nicht aufgegriffen. Demgemäß beruht Ausbeutung auf der Aneignung des Mehrwerts durch die Kapitalbesitzer und ist deshalb bei Lohnarbeit unter kapitalistischen Bedingungen generell vorhanden und nicht nur bei besonders schlimmen Zuständen. Hier und auch bei anderen Punkten zeigt sich, es geht häufig um moralische Bewertungen und nicht um materialistische Analyse der Verhältnisse. (Nicht umsonst wird dem Marxismus Ökonomismus vorgeworfen.)

Insgesamt ist festzustellen: Marxistische Klassenanalyse und die Rede vom Klassismus haben nur entfernt etwas miteinander zu tun. Das sollte jedem klar sein, auch um Missverständnisse und Verwechslungen zu vermeiden.

Engagement gegen Diskriminierungen ist natürlich immer zu begrüßen. Hieraus ergibt sich für Marxisten grundsätzlich ein Feld für Zusammenarbeit bei konkreten Zielen. Die konzeptionellen Unterschiede sollten aber nicht verschwiegen werden. Marxisten kämpfen letztlich für die Aufhebung der Klassen und nicht um das Ende der Diskriminierung von ansonsten weiterbestehenden Klassen.

Für eine ausführlichere Beschäftigung mit dem Thema wird der Artikel „Klassismus“-Diskussion ohne Klassenanalyse? von Lena Hezel und Steffen Güßmann in: Z. Zeitschrift für Marxistische Erneuerung, Nr. 126, Juni 2021 empfohlen. Dort findet sich auch ein Literaturverzeichnis.

Anzeige

August Thalheimer: Die Potsdamer Beschlüsse



Nachdruck mit einem Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik, August 1950

32 Seiten, 1,50 €.

Bestelladresse:
Arbeiterstimme, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Chile nach den Wahlen Ein linker Erfolg?



Die *Süddeutsche Zeitung* fasste das Ergebnis der ersten Runde der Präsidentschaftswahl noch mit „Linksaußen gegen rechtsaußen“¹ zusammen. Diese Sicht änderte sich bis zur Stichwahl. Danach war der zukünftige Präsident Chiles nur noch „so radikal wie Scholz“². Das trifft seine Positionen schon besser. Da man Politiker nur im Rahmen ihres Wirkungskreises beurteilen kann, war Boric im chilenischen Kontext der Kandidat der Linken. Damit ist sein Erfolg auch ihr Erfolg. Trotzdem wird seine Regierung keine linke Politik umsetzen. Dazu fehlen ihr die Mehrheiten.

In Kenntnis dieser Lage wurden in vielen Berichten Illusionen über Borics Möglichkeiten verbreitet. Die in Teilen Chiles herrschende Euphorie verbreitete man auch hier. So im Bericht der taz: „Ich bin sehr glücklich über das Ergebnis“³. In einem parallelen Artikel fragt sie: „Wie viel echter *Cambio*⁴ ist drin?“⁵ Darin werden die Probleme nicht verschwiegen, doch

sieht sie Boric im Vorteil. „Die Mehrheit der 345 Stadtverwaltungen sind von linken Bürgermeister*innen besetzt sowie auch der Großteil der 16 Regionalregierungen. Er kann also in den ersten Monaten seiner Amtszeit Veränderungen auf lokaler und regionaler Ebene anstoßen.“ Das mag so sein, die neoliberale Ordnung wird damit aber nicht abgeschafft.

In Deutschland richtet dieser Optimismus keinen Schaden an. In Chile sieht das anders aus. In den 40er Jahren des letzten Jahrhunderts setzte ein Teil der Gesellschaft große Erwartungen in die Regierungen der Volksfront. Ihre Leistungen waren durchwachsen, was zu Enttäuschungen führte. Als Grund vermutete man Vorsatz und Verrat, nicht aber die Kräfteverhältnisse. Während der Regierung Allende wollte sich das ein Teil der Sozialisten nicht nachsagen lassen und folgte einer linksradikalen

Linie. Damit beteiligten sie sich an der Schaffung der Rahmenbedingungen, die zum Militärputsch führten. Heute besteht die Gefahr, dass mit der Regierung Boric ein vergleichbarer Zyklus startet, wenn er nicht schon längst begonnen hat.

Die Ausgangslage für die Rechte

Nach den Wahlen im April sah es so aus, als ob sich die breiten Aaleen für den freien Menschen⁶ ein Stückweit geöffnet haben. Mit der krachenden Niederlage der Rechten bei der Wahl der Constituyentes, der Vertreter für die Verfassungsgebende Versammlung (VV), kann jetzt die Mitte zusammen mit der Linken ein neues Grundgesetz schreiben. Dieses Ergebnis hatte die Hoffnung genährt, dass im November Vergleichbares passiert.

Zwei Gründe waren damals für die Niederlage der Rechten ausschlaggebend. Aufgrund der vielen parteiunabhängigen Listen beteiligten sich mehr Menschen aus dem eher linken Lager an der Wahl. Allein das senkt schon den prozentualen Anteil der Rechten.

Dazu kam eine massive Wahlenthaltung ihrer Basis. Ein wichtiger Grund war das Versagen der Regierung bei der Bekämpfung der ökonomischen Folgen der Pandemie. Insbesondere die finanzielle Unterstützung der Bevölkerung ließ zu wünschen übrig.

Die rechten Strategen mussten einen Weg finden, ihre verlorenen Wähler wieder für sich in Bewegung zu setzen. Dafür sind die Themen Ausländer und innere Sicherheit immer gut geeignet. Dieser Ansatz ist aber riskant, wenn man die Regierung stellt. Dann gehen die angeprangerten Missstände auf das eigene Konto. So auch in diesem Fall.

Die vielen Venezolaner im Land sind das Ergebnis der Beteiligung an der westlichen Kampagne, Guaidó

Aus Platzmangel verzichten wir in diesem Artikel auf die umfangreichen Fußnoten und Quellenangaben, sie sind im Netz unter www.arbeiterstimme.de dokumentiert

zum dortigen Präsidenten zu küren. Damals hat Piñera⁷ alle Venezolaner eingeladen und ihnen großzügig Visa erteilt.

Ähnlich verhält es sich mit der steigenden Kriminalität. Das könnte eine Folge davon sein, dass die im informellen Sektor Beschäftigten während der Pandemie nur eine unzureichende Unterstützung erhielten. Eine Zunahme der Kleinkriminalität wird auch aus anderen lateinamerikanischen Ländern gemeldet.

Trotz dieser selbst geschaffenen Missstände ist die Mobilisierung der rechten Anhänger erstaunlich gut gelungen. Dazu hat sich rechts von den

bleiben. Die Fronten dieses Konfliktes werden in einem Beitrag⁸ des Schweizer Fernsehens recht gut beschrieben.

Bei diesen Auseinandersetzungen gibt es regelmäßig Tote, zumeist unter den Mapuches. Die bisherige Sicht der chilenischen Gesellschaft darauf war gespalten. Eine Mehrheit betrachtete das schon immer als Terrorismus, der Rest war sich nicht sicher. Man nahm eine Vielzahl von Akteuren wahr, die aus unterschiedlichen Gründen handeln.

Laut den Meinungsforschern wurde das durch den Fall Marchant nachhaltig verändert. Auf die

Frage „Glauben sie, dass es in der Araucanía Terrorismus gibt?“ antwortete im Jahr 2020 57% mit Ja. Nach dem Tod und der Beerdigung von Pablo Marchant im Juli sprang dieser Wert auf 72%.⁹ Diesen Zahlen zeigen, dass jetzt sogar Teile des klassischen linken Lagers



klassischen Parteien der Diktatur eine noch radikalere Kraft positioniert. Das hat diesem Lager erfolgreiche Parlamentswahlen beschert, aber die Präsidentschaft gekostet.

Die Landkonflikte mit den Ureinwohnern

In einigen Gebieten im Süden gibt es schon seit Jahren gewalttätige Auseinandersetzungen mit einem Teil der Mapuches. Diese Vorfälle kann man auch als asymmetrischen Krieg niederer Intensität lesen. Diese Interpretation greift dann, wenn man unterschiedliche Aktionen als Teil einer Gesamtstrategie der radikalen Strömung sieht. Diese fordern die Rückgabe des gesamten Landes zwischen Concepción und Puerto Montt. Nur in den großen Städten dürfen die „Spanier“ und Mestizen

das so sehen.

Marchant starb bei einem bewaffneten Zusammenstoß¹⁰ mit Polizisten auf dem Gelände eines Forstkonzerns. Linke wie der damalige Präsidentschaftskandidat der KP, Daniel Jadue¹¹, oder der Senator Alejandro Navarro¹², damals noch PRO, machten die Regierung für den Vorfall verantwortlich. Gleichzeitig zündeten Vermummte fünf Lastwagen an der Panamericana an. Dabei ließen sie ein Transparent zurück: „Pablo Marchant, im Gedenken an dich rächen wir deinen Tod.“¹³

Damit nicht genug, beerdigte die Coordinadora Arauco Malleco (CAM), oder zumindest eine Untergliederung, ihr gefallenes Mitglied mit einer bewaffneten Ehrenwache.¹⁴ Man fragt sich, was die Beweggründe für die CAM waren. Da findet im Land ein politischer Prozess statt,

der den Forderungen der Mapuches aufgeschlossen gegenübersteht. Und was macht die CAM? Sie agiert, als ob sie diesen Prozess stoppen wolle. Schließlich sind diese Bilder und regelmäßige Sabotageaktionen das Mittel der Wahl, um die rechte Basis in Aufregung zu versetzen und nach einer harten Hand verlangen zu lassen.

Wahrscheinlich haben diese Völkischen keine andere Wahl. Kommt es zu einem Kompromiss zwischen der Mehrheitsgesellschaft und den Hauptströmungen der Mapuches, werden sie von ihrem Umfeld isoliert. Ihr Traum von einer Abspaltung¹⁵ ist dann ausgeträumt.

Als Reaktion auf solche Ereignisse hat Piñera Anfang Oktober über vier Landkreise den Ausnahmezustand¹⁶ verhängt. Die von ihm angeführten Gründe sind nicht neu. Dass er diesen Schritt am Beginn der heißen Phase des Wahlkampfes tat, war aber natürlich reiner Zufall.

Das Chaos in Teilen der Linken

Bis zur Mitte des Jahres stand die Arbeit der VV im Zentrum des öffentlichen Interesses. Linksliberale Beobachter waren von ihrer Arbeit sehr angetan. Als Linker sieht man das natürlich kritischer. So irritiert, dass sich diese Versammlung von der Europäischen Union beraten lässt.¹⁷ Schließlich strebt die EU danach, alles nach den Gesetzen des Marktes zu organisieren. Das ist das genaue Gegenteil dessen, was viele Delegierte wollen.

Zusätzlich hat man aus der Ferne den Eindruck, dass sich die VV mit allem Möglichen beschäftigt, nur nicht mit dem Schreiben einer neuen Verfassung. Trotzdem haben, wie *El Ciudadano*¹⁸ berichtet, rechtsradikale Netzwerke eine Kampagne zu ihrer Delegitimierung gestartet. Ziel ist die Ablehnung des neuen Grundgesetzes bei der abschließenden Volksabstimmung. Dafür soll jeder an seinem Platz das Richtige tun. Von den rechten Basisaktivisten, über antikommunistische Trolle in den sozialen Medien bis hin zu den gewählten Politikern.

Betrachtet man den Fall Rodrigo Rojas Vade, wirkt er wie das Produkt dieser Handlungsanleitung. Doch ohne die unglaubliche Lüge

15. <https://www.srf.ch/play/tv/dok/video/schweizer-siedler-in-chile—der-konflikt-mit-den-mapuche-indianern-wem-gehört-das-land?urn=urn:srf:video:febeebcd-7c5d-49a1-a151-033ebb384af4>

von Rojas Vade hätte das nicht stattgefunden. Der gewählte Vertreter der *Liste des Volkes* wurde während der sozialen Explosion als vermeintlicher Krebspatient zu einer Person des öffentlichen Lebens. Nun musste er in einem Interview¹⁹ einräumen, dass das nicht stimmt. Er verteidigte sich damit, dass die Ursache seines Leidens stigmatisiert sei. Deshalb habe er alle, einschließlich Familie und Partner, belogen.

Daraufhin hat man sich seine Vermögenserklärung angesehen. Dort waren zu hohe Schulden eingetragen²⁰. Nun droht dem Ärmsten eine Anklage.

Diese Enthüllungen zogen sich über Tage hin, eine reale Telenovela. Die Medien berichteten, zum Teil minutlich, was jeder der Beteiligten gerade macht und was er davon in den sozialen Medien postet.

Dieses Theater schlug sich in den Umfragen nieder. Die Meinungsforscher von CADEM ermittelten für den Zeitraum dieser Telenovela einen Vertrauensschwund in die Arbeit der VV um 20 Prozentpunkte auf nun 43%²¹. Das ist die Folge davon, wenn sich ein bekannter Kopf einer neuen linken Kraft so verhält, wie es alle von normalen Politikern erwarten.

Die Abnahme des Vertrauens in die VV liegt aber nicht nur an Vade Pelao. Aus dem Blickwinkel vieler einfacher Aktivisten des Oktober 2019 verhalten sich die Gewählten dort zu parlamentarisch.²² Daran kann man erkennen, dass ihnen ein entsprechendes Bewusstsein fehlt. Ansonsten könnten sie nachvollziehen, warum die linken Constituyentes so agieren.

Das Ende der Liste des Volkes

Für die Anhänger der Selbstorganisation der Massen ist wieder ein Hoffnungsträger verbrannt. Der Grund ist die Präsidentschaftswahl. Mit ihrem Erfolg vom April im Rücken hatte ein Sprecher der Liste des Volkes angekündigt, dass sie einen eigenen Kandidaten ins Rennen schicken werden.

Doch wie organisiert eine Bewegung von Unabhängigen die Kandidatensuche? Dazu kommt, dass man einen Bewerber nicht nur nach seinen eigenen Vorlieben

auswählen kann. Soll die Bewerbung Aussicht auf Erfolg besitzen, spielen strategische Überlegungen eine wichtige Rolle. Wie geht eine Organisation damit um, die solches Denken ablehnt?

Ein Kreis von Aktiven der Liste des Volkes rief Cristián Cuevas²³ zu ihrem Kandidaten aus. Der bekannte homosexuelle Gewerkschafter hat einen langen politischen Weg hinter sich. Er führte ihn von den Sozialisten, über die KP und die Frente Amplio (FA) zur Liste des Volkes. Dieser Bewerber vereinte die Sympathien der Aktiven dieser Listen zu LGBTQ+ mit dem Schwerpunkt klassischer linker Politik, der Gewerkschaftsarbeit.

An der Basis führte das zu einem Schrei der Entrüstung. Nach einigen Tagen trennte sich die Liste des Vol-

auch der zweite Anlauf krachend gescheitert. Dem folgte ein Streit um die Verantwortung für diesen Betrug. Das war nicht nur politisch eine heikle Sache, da es sich um Urkundenfälschung handelte.

In diesem Durcheinander spaltete sich die Fraktion der Liste des Volkes. Die Abtrünnigen legen Wert auf ihren Charakter als Unabhängige und distanzieren sich von „den politischen und handlungsorientierten Entscheidungen“²⁷ ihrer bisherigen Mitstreiter.

Die fortschrittliche Allianz

Für die Parlaments- und Präsidentschaftswahl sind die Kommunisten wieder eine Allianz mit der Frente Amplio (FA) eingegangen. Mit Apruebo Dignidad blieb man beim



Daniel Jadue

kes von Cuevas. Dieser betrieb seine Kandidatur weiter, scheiterte damit aber, wie viele andere Kandidaten, an fehlenden Stützunterschriften.²⁴

Der nächste Bewerber wurde durch eine Mitgliederbefragung ermittelt. Hier setzte sich der Mapuche Diego Ancalao durch.²⁵ Doch bei ihm handelte es sich um einen Betrüger. Sein Wahlvorschlag wurde von der Wahlbehörde Servel abgelehnt. Sie erklärte mehr als 9000 Stützunterschriften für ungültig. Sie sollen am gleichen Tag vor einem Notar geleistet worden sein, der schon vor drei Jahren sein Amt aufgegeben hatte und zwischenzeitlich verstorben war.²⁶ Damit war

eingeführten Namen.

Die FA ist ein Bündnis eines halben Dutzend Parteien. Weltanschaulich kann man sie grob mit den deutschen Grünen vergleichen. So findet sich auf Wikipedia²⁸ bei Convergencia Social, der Partei von Boric, in der Liste ihren Denkfabriken die Heinrich Böll Stiftung. CS ist auch Teil von Progressive International²⁹ mit Sitz in den USA. Aus Europa macht dort DiEM25 mit. Dessen berühmtestes Mitglied ist der ehemalige griechische Finanzminister Yanis Varoufakis.

Apruebo Dignidad ermittelte ihren Präsidentschaftskandidaten in offiziellen Vorwahlen. Eigentlich wollten sich die Sozialisten daran betei-

gen, doch das Ergebnis der Wahl der Constituyentes hatte die Parteien der Mitte auf dem falschen Fuß erwischt. Die Frist zur Beantragung der Vorwahlen endete drei Tage nach dieser Abstimmung. Letztlich verweigerten die Sozialisten ihre Teilnahme. Dem folgte ein schwer nachzuvollziehender Austausch von Vorwürfen, wer gegen wen wann ein Veto eingelegt hätte.

In dieser Vorwahl setzte sich Boric mit etwas über 1 Million Stimmen gegen Jadue von den Kommunisten durch. Jadue konnte die beachtliche Zahl von fast 700.000 Wählern für sich gewinnen. Zum Vergleich, bei der Parlamentswahl 2017 kamen die kommunistischen Kandidaten nur auf ca. 270.000 Voten.³⁰

Aus Sicht der Kommunisten war dieses Ergebnis enttäuschend. Meinungsumfragen hatten lange Zeit Jadue als den Kandidaten genannt, der die besten Aussichten auf einen Erfolg bei den Präsidentschaftswahlen hat. Doch diese Umfragen wirkten manchmal so, als ob man damit die KP zu einer falschen Politik verleiten wolle.

Scheinbar hat dieser Beeinflussungsversuch eine gewisse Wirkung entfaltet. Glaubt man der Berichterstattung bürgerlicher Medien³¹, gab es innerhalb der Partei Differenzen über die Unterstützung der Kandidatur von Jadue.

Das Bündnis der Mitte

Nachdem sich die Sozialisten aus dem fortschrittlichen Lager verabschiedet hatten, blieb ihnen nur noch eine Kandidatur mit den Parteien der Mitte. Da eine offizielle Vorwahl nicht mehr ging, beantragten sie bei Servel eine Bürgerbefragung. Für die sozialistische Kandidatin endete sie in einem Debakel. Obwohl von drei weiteren Parteien unterstützt, erreichte sie noch nicht einmal so viele Stimmen (40.161) wie die SP Mitglieder (40.533³²) hat.

Beim diesem Nuevo Pacto Social setzte sich die Christdemokratin Yasna Provoste mit ca. 60% der Stimmen durch. Diese Zahl vermittelt Stärke, doch dahinter stehen nur gut 90.000 Stimmen. Das ist ein Bruchteil des Ergebnisses von Jadue.

Provoste gehört zum linken Flügel ihrer Partei und hat sich als Prä-

sidentin des Senats einen Namen gemacht. Der christdemokratischen Niederlage vor vier Jahren konnte sie sich aufgrund ihrer Wirkung auf sozialistische Wähler entziehen. Nach Schließung der Wahllokale wurden für sie 815.429 Stimmen (11,6%) ermittelt. Damit lag sie auf dem 5. Platz von sieben Kandidat*innen.

Die Rückkehr zur Zusammenarbeit mit den Christdemokraten trugen einige Sozialisten nicht mit.³³ Sie riefen schon in der ersten Runde zur Wahl von Boric auf. Darunter befand sich auch die Abgeordnete Maya Fernández³⁴, eine Enkelin von Salvador Allende. Doch besonders groß scheint diese Rebellion nicht gewesen zu sein. Das Zentralkomitee sah keine Veranlassung, sich dazu zu äußern.



José Antonio Kast (mitte) kämpft im Wahlkampf für die Familie

Die Kandidaten der Rechten

Auch die Regierungsparteien ermittelten ihren Kandidaten in einer Vorwahl. Doch das Auswahlverfahren von Chile Podemos+ – das rechte Bündnis hatte sich wieder einmal umbenannt – umfasste nicht alle Strömungen. Insbesondere fehlte der rechtsradikale José Antonio Kast und sein Partido Republicano (PLR).

In den letzten Jahren hat sich rechts der Parteien RN und UDI, sie wurden während der Diktatur von ihren zivilen Funktionären gegründet, eine rechtsradikale Strömung formiert. Sie reicht weit in diese Par-

teien hinein. So erklärten vor vier Jahren einige ihrer Parlamentarier, dass sie nun die Fraktion von Kast bilden. Doch hatten sie ihre alten Parteien gar nicht verlassen.³⁵

Vor zwei Jahren erklärte Kast, mit seiner inzwischen gegründeten Partei in Opposition zu Piñera zu stehen. Er warf ihm vor, dass sich die Regierung „den linken Ideen ergeben hat“³⁶.

Zur Rechten zählt auch Franco Parisi mit seiner Partido de la Gente (PDG) (Partei der Leute). Seine Schullaufbahn beendete er an der Escuela Militar, der Militärakademie der chilenischen Streitkräfte.³⁷ Danach studierte er in Chile und den USA. Vor acht Jahren hatte er als Unabhängiger ca. 10% der Stimmen erhalten. Sein Wohnsitz befindet sich in den USA. Bei einer Einreise nach

Chile droht ihm die Verhaftung wegen nicht gezahlter Alimente³⁸. Seine Partei steht laut Wikipedia für rechten Populismus, ist gegen Migration und die Globalisierung. Trotzdem soll sie zur rechten Mitte gehören.³⁹ Wie das Verhalten eines Teils seiner Wähler zeigt, könnte diese ungewöhnliche Einordnung einen wahren Kern enthalten. Diesmal landete Parisi mit 12,8% auf dem dritten Rang.

Ein weiterer Unabhängiger entschied die Vorwahl des Regierungslagers für sich. Der bisher so gut wie unbekannte Sebastián Sichel erhielt ungefähr 660.000 Stimmen, womit er knapp über 50% kam. Doch so un-

abhängig ist er nicht. Bis 2015 war er bei den Christdemokraten und hatte sich dort schon ohne Erfolg um ein Mandat bemüht.

In den letzten Jahren hat ein Teil des rechten Flügels des Partido Demócrata Cristiano (DC) die Partei verlassen, darunter auch die ehemalige Bildungsministerin während der Regierung Lagos, Mariana Aylwin. Ihr Vater war der erste demokratisch gewählte Präsident nach dem Rückzug der Militärs. Nun trat die Tochter in das Wahlkampfteam von Sichel ein⁴⁰.

Im Juni votierte die rechte Basis noch für einen gemäßigten Kandidaten. Doch dann signalisierten die Meinungsumfragen einen fulminanten Aufstieg von Kast. Er begann mit der Fokussierung der Berichterstattung auf die Zustände in der Araucanía. So gibt CADEM⁴¹ bei der Sonntagsfrage vom 24. September für Kast 13% an. Das waren schon mehr als die 8%, die er 2017 erhielt. Doch dieser Wert verdoppelte sich bis zum 4. November. Den ersten Wahlgang hat er dann mit 27,9% gewonnen.

Ein Blick auf frühere Umfragen⁴² zeigt, dass dieser Zuwachs mit dem Thema innere Sicherheit zusammenhängt. Bei der Frage, welcher Kandidat das am besten repräsentiert, was die Befragten denken, konnte Kast bei Kampf gegen die Kriminalität (37%) und Kontrolle der öffentlichen Ordnung (32%) seine höchsten Werte erzielen.

Kasts Aufstieg war zwangsläufig mit einem Niedergang von Sichel verbunden. Der offizielle Kandidat der Regierungskoalition belegte am Wahltag mit 12,79% den 4. Platz. Selbst der flüchtige Parisi konnte sich mit einer Handvoll Stimmen vor ihm platzieren.

Im Wahlkampf hatte sich Sichel von der traditionellen Rechten distanziert. Das kam bei dieser natürlich nicht gut an.⁴³ Daher entdeckte plötzlich ein Abgeordneter der RN viele Übereinstimmungen mit Kast. Gleichzeitig eröffnete die Senatorin und ehemalige Parteivorsitzende der UDI, Jacqueline van Rysselberghe, schon den Wahlkampf für die Stichwahl: „Wenn Kast gewinnt, mache ich in meinem Gebiet Wahlkampf für ihn.“

Dieses Verhalten zeigt die innere Zerrissenheit dieser Leute. Einerseits wissen sie, dass eine Präsident-

schaftswahl nur in der Mitte gewonnen werden kann. Andererseits sind für sie die Jahre der Diktatur eine gute Zeit, die hätten sie gerne zurück. Das verspricht ihnen Kast.

Die Dissidenten der Mitte und der Linken

Zum vierten Mal versuchte es Marco Enriquez Ominami (MEO) vom Partido Progresista (PRO). Der linksliberale Hoffnungsträger von 2009 musste sich diesmal seine Kandidatur vor Gericht erstreiten⁴⁴. Der Grund waren unterschiedliche Interpretationen eines Urteils, das in Sachen Korruption gegen ihn ergangen war.

Mit seinem Antritt raubte er den Parlamentariern seiner Partei die Möglichkeit der Kandidatur auf der Liste des Nuevo Pacto Social. Dafür wäre die Unterstützung von Provoste durch die PRO die Voraussetzung gewesen. Nun ist seine Organisation ohne Mandate. Das hat den Verlust ihrer Parteieigenschaft zur Folge. MEOs Ergebnis war zwar etwas besser als beim letzten Versuch (2017: 5,7%, 2021: 7,6%), trotzdem reichte es nur für den vorletzten Platz.

Als letzter ging der linksradikale Eduardo Artés durchs Ziel. Der Generalsekretär des Partido Comunista Chileno (Acción Proletaria) konnte sowohl seine Stimmen wie auch sein prozentuales Ergebnis auf 1,5% verdreifachen. Das könnte ein Ergebnis von Borics Meinungsänderung hinsichtlich Venezuela sein.

Artés ging als Kandidat der Unión Patriótica ins Rennen. Das ist eine von der PC(AP) mit anderen linken Organisationen gegründete Funktionspartei. Einzeln sind sie zu schwach, um als Partei anerkannt zu werden. Das ist aber die Voraussetzung für eine Kandidatur. Nach jeder Wahl verlieren sie diesen juristischen Status und müssen den Eintragungsprozess aufs Neue starten.

Artés nutzte seine Auftritte in den Medien zur Kritik der Zustände. Er argumentierte auf der Basis einer klassischen sozialistischen Analyse. So warf er in der Elefantenrunde seinen Mitbewerbern vor, dass sie alle zusammen liberale Positionen vertreten.⁴⁵

Auch widersprach er entschieden den Angriffen auf Kuba, Venezuela

und Nicaragua. Er ordnete die dortigen Vorgänge in die Geschichte des jeweiligen Landes ein und benannte die dortigen Erfolge.⁴⁶ Journalisten sprachen ihn gerne auf Nordkorea an. Vor einigen Jahren hatte er auf Einladung der dortigen Regierungspartei das Land besucht. Seine Verteidigung war ähnlich wie bei den südamerikanischen Ländern. Das rückte diese in ein schlechtes Licht.⁴⁷

Mit seinem Widerspruch bei Venezuela und Co. setzte sich Artés positiv von Boric ab. Dieser schloss sich den Vorwürfen Diktatur und Menschenrechtsverletzungen an und erweiterte die Liste noch um China. Das war seine Reaktion auf alte tweets, in de-

Anzeige



ARBEIT ■ BEWEGUNG ■ GESCHICHTE
ZEITSCHRIFT FÜR HISTORISCHE STUDIEN

ARBEIT – BEWEGUNG – GESCHICHTE widmet sich der Geschichte von Arbeit und Arbeiterbewegungen in Deutschland und der Welt. Die Zeitschrift präsentiert Aufsätze, biografische Skizzen, Dokumente und Diskussionsbeiträge. Das Themenspektrum reicht von der Global Labour History bis hin zur Regional- und Alltagsgeschichte, vom Frühsozialismus bis zur Neuen Linken. Soziale Bewegungen, Arbeiterparteien und Gewerkschaften sind ebenso Thema wie die Geschichte des Staatssozialismus. Ein umfangreicher Rezensionsteil sowie Tagungsberichte runden jedes Heft ab.

ARBEIT – BEWEGUNG – GESCHICHTE erscheint dreimal jährlich (Januar, Mai und September) im Berliner Metropol Verlag. ISSN: 2366-2387 • Einzelheft: 14,- Euro, zzgl. Porto • Jahresabonnement (3 Hefte): 35 € (Ausland 45 €) einschl. Porto • Bestellungen an den Metropol Verlag: veitl@metropol-verlag.de

www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de
www.metropol-verlag.de

nen er sich noch positiv zu Maduro geäußert hatte.

China ist auch eine offene Flanke der Rechten. So wollte Kast die diplomatischen Beziehungen zu Cuba und Venezuela abbrechen. Daher fragte ihn der angesehene Journalist Tomás Mosciatti: „Warum nicht auch China?“⁴⁸ Kast wand sich. Mosciatti setzte nach: „Die Prinzipien fahren zur Hölle?“ Am Schluss fasste er die Ausführungen seines Gastes so zusammen: „Mit anderen Worten, die Chinesen sind durch das Geld gerettet.“ Liberale Ideologen werfen der chilenischen Rechten schon seit einiger Zeit vor, nur etwas gegen arme Kommunisten zu haben.

Nicaraguagate

In diesem Umfeld tauchte eine Erklärung der KP und weiterer linker Gruppen auf. Darin wurden die Angriffe Piñeras auf die Wahlen in Nicaragua zurückgewiesen.⁴⁹ Das ließ sich die Rechte nicht entgehen und fragte Boric, wer im Falle seines Sieges regieren wird, er oder die KP? Der Kandidat distanzierte sich umgehend von der Erklärung. „Ich respektiere vollkommen und ohne Einschränkung die Demokratie, einschließlich in Nicaragua.“⁵⁰ Das ergänzte er mit Insiderwissen aus der Partei. „Ich habe mit vielen Aktivisten der KP gesprochen und sie sind überrascht.“

So war es wohl auch. „Diese Deklaration wurde von der kollektiven Führung weder diskutiert noch beschlossen“⁵¹, erklärte die Abgeordnete Camila Vallejo. Schließlich distanzierten sich viele bekannte Kommunisten von der Erklärung und manche stimmten in die Vorwürfe gegen Daniel Ortega ein. Andere wie Hugo Gutiérrez, Mitglied der VV, verteidigten sie.

Wie La Tercera schreibt, erkenne man in der Partei an, „dass dieses Thema den Generationskonflikt öffentlich macht, der innerhalb der KP existiert und der die interne Debatte der letzten Jahre geprägt hat.“⁵²

Über diesen Konflikt freuen sich ihre Gegner. Weil er beim Thema Nicaragua an die Öffentlichkeit gelangte, taufte ihn ein Onlinemedium Nicaraguagate. El Desconcierto betonte, dass sich der Kritik an Nicaragua „die Parlamentarierinnen Camila Vallejo und Karol Cariola, die Bürgermeisterin von Santiago Irací Hassler, Daniel Jadue, das profilierte Mitglied der VV Bárbara Sepúlveda und die Kommunistische Jugend“⁵³ an-

geschlossen haben. Das sind zumeist junge Leute und damit sind sie die Zukunft der Partei. Daher vergleicht der Autor die Bedeutung dieses Vorgangs mit der Abwendung von Jean Paul Sartre von der französischen KP.

Ein Korruptionsfall bei der Frente Amplio

Wenige Tage vor der Wahl explodierte eine weitere Bombe. Es wurde bekannt, dass die Staatsanwaltschaft gegen Karina Oliva wegen Betrugs ermittelt.⁵⁴ Die ehemalige Kandidatin für das Amt des Gouverneurs in der Region Santiago hatte bei Servel Rechnungen in der Höhe von 137 Millionen Pesos, etwa 150.000 Euro, zur Erstattung ihrer Wahlkampfaus-

von der Frage, was ein Bezieher des Mindestlohns davon hält, der mit 334.250 Pesos⁵⁶ auskommen muss, hat sie damit einen Gesetzesverstoß eingeräumt. Sie hätte nur drei Monate Wahlkampf machen dürfen.

Karina Oliva war nicht irgendeine Kandidatin. Bei der zur Diskussion stehenden Wahl hatte ihr Einzug in die Stichwahl großes Aufsehen erregt. Am Ende musste sich die auch von der KP unterstützte Kandidatin einem Christdemokraten geschlagen geben.

Dieses Mal kandidierte sie für den Senat. Doch nach den Enthüllungen wendeten sich alle von ihr ab. Allen voran Boric: „Eine Person, die auf diese Weise in Frage gestellt wird, kann nicht mit meiner Unterstützung rechnen.“⁵⁷



gaben eingereicht. Laut El Mostrador soll das eine der am besten bezahlten Wahlkampagnen gewesen sein.⁵⁵ Der Vorwurf lautete, dass sie ihr nahestehenden Personen, darunter dem Vater ihres Kindes, viel zu hohe Gehälter gezahlt hat.

Zu ihrer Verteidigung rechnete sie vor, dass bei einer Aufteilung der Summe auf die Zahl ihrer Mitarbeiter und den sechs Monaten Wahlkampagne niemand mehr als 2,5 Millionen Pesos verdient hat. Abgesehen

Konkret hat er dazu aufgerufen, andere Kandidaten von Apruebo Dignidad zu wählen.

Die erste Runde

Bei solchen Zuständen ist es kein Wunder, dass mögliche Wähler der Linken nicht zur Wahl gehen. Gerade der Fall Oliva vermittelt der Bevölkerung, dass auch radikale Oppositionspolitiker abgehoben von der Realität agieren. Sie sind genauso auf

ihren persönlichen Vorteil bedacht wie die altbekannten Gesichter.

Entsprechend waren die Wahlergebnisse. Der rechtsradikale Kandidat führte mit 1.961.122 Stimmen (27,9%). Ihm folgte Boric mit 1.814.809 (25,8%) Stimmen. Addiert man die Zahlen nach politischen Blöcken, lag die Rechte mit 3.760.478 (53,5%) Stimmen weit vor den Bewerbern aus der Mitte und der Linken. Diese brachten es zusammen nur auf 3.266.590 (46,5%).

Vergleicht man diese Zahlen mit den Werten von 2017 und schlägt die Christdemokratie der Rechten zu, konnte dieses Lager damals 3.328.209 (50,4%) Stimmen einsammeln. Das andere versammelte zusammen nur 3.268.120 (49,6%) Unterstützer hinter sich. Aus der Stichwahl ging damals die Rechte mit dem für ihre Verhältnisse moderaten Kandidaten Sebastián Piñera als Sieger hervor.

Aus den landesweiten Zahlen der diesjährigen Präsidentschaftswahl ergibt sich noch keine Wahlenthaltung von tendenziell fortschrittlichen Menschen. Vergleicht man aber die Ergebnisse der parallel abgehaltenen Parlamentswahl mit ihrer Vorgängerin sticht die Stimmenthaltung ins Auge. Hier gab es bei den Listen der Mitte und der Linken einen Rückgang von 3,6 auf 3,1 Millionen Stimmen. Die fünf Millionen bei der Wahl zur VV waren damit ein erfreulicher Ausreißer.

Dass es sich hier gerade um mögliche Wähler der Linken handelt, zeigen die Zahlen aus Lo Espejo. Der Ort gilt als eine der ärmsten Gemeinden in der Region Santiago. Hier stimmten bei der Parlamentswahl 2017 25.806 Wähler für Mitte-Links, dieses Mal nur 23.610 Personen. Etwa gleich groß war der Stimmanteil von Boric. Bei der Stichwahl konnte er 34.532 Stimmen einsammeln. Eine Zunahme um mehr als 10.000 Stimmen war die Folge einer um mehr als 10 Prozentpunkte angestiegenen Wahlbeteiligung.

Die Stichwahl

Das schockierende Ergebnis der ersten Runde förderte die Positionierung der unterlegenen Kandidaten der Mitte an der Seite von Boric. Aus deren Sicht war er ja ein Anhänger von zweifelhaften Ansichten. Gleichzeitig ist Boric politisch in die

Mitte gerückt. Das kann man an seinem Treffen mit Carmen Frei, der Präsidentin der DC und Tochter des ehemaligen christdemokratischen Präsidenten Eduardo Frei Montalva, sehen. Dieser Besuch wurde von der Öffentlichkeit als sein Gang nach Canossa gewertet. Kurz darauf riefen auch die Christdemokraten zu seiner Wahl auf.

Auf der Rechten unterstützten erwartungsgemäß alle unterlegenen Kandidaten Kast. Im Falle von Parisi aber erst nach einigem Hin und Her.

Völlig unerwartet stiegen in der Endphase des Wahlkampfes ausländische Sänger wie Peter Gabriel und Sting⁵⁸ für Boric in den Ring. Dazu

Kasts Partei trug seinen Teil dazu bei. So stellte ein gewisser Johannes Kaiser das Frauenwahlrecht⁶¹ in Frage.

Die Linke mag sich präsentieren, wie sie will. Das, was aber eine Mehrheit der Gesellschaft bisher ablehnt, ist die Rückkehr zur Diktatur. Daher endete die Präsidentschaftswahl mit einem Sieg von Boric. Das ihn unterstützende Lager konnte seine Stimmenzahl um 1,35 Millionen auf 4,6 Millionen steigern. Da die Zahl der Wähler nur um ca. 1,24 Millionen zugenommen hat, sind theoretisch knapp 110 000 Unterstützer rechter Kandidaten zu Boric übergelaufen.

Ein Blick nach Calama zeigt, um wen es sich dabei handelt. Diese Stadt



Gabriel Boric

gesellte sich ein „Europäisches Manifest zur Unterstützung der Kandidatur von Gabriel Boric als neuem Präsidenten Chiles“.⁵⁹ Es wurde von 83 Personen unterschrieben, darunter vielen Abgeordneten des Europaparlamentes. Es finden sich auch exklusive Namen darunter. So der ehemalige spanische Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero, der französische Ökonom Thomas Piketty oder die Pariser Bürgermeisterin Anne Hidalgo.

Man fragte sich schon, was da gerade vor sich geht. Wie kommt ein Kandidat, der nach dem ersten Wahlgang von der *Süddeutschen Zeitung* korrekt als „Kandidat des linken Lagers“⁶⁰ eingeordnet wurde, zu solchen Unterstützern?

Die Aussicht, von einem Anhänger der Diktatur regiert zu werden, hat viele, nicht nur in Lo Espejo, in Bewegung versetzt. Das Auftreten der frisch gewählten Parlamentarier von

mit 160.000 Einwohnern liegt mitten in der Wüste. Ihre Existenz verdankt sie Chuquicamata, einer der größten Kupferminen der Welt. Die ökonomische Grundlage aller dort lebender Menschen ist der Kupferabbau. Daher verwundert es nicht, dass Boric, als ein dem Extraktivismus kritisch gegenüberstehender Kandidat, in der ersten Runde dort nur 15,7% bekommen hat.

Auf Platz eins lag hier Parisi mit 41,2%, gefolgt von Kast mit 20,4%. Das hätte dort im zweiten Wahlgang dem Rechtsradikalen zum Sieg verhelfen müssen. Doch das ist nicht geschehen, auch hier ging Boric mit 54,6% als Sieger vom Platz. Wie war das möglich? Addiert man die Stimmen des rechten Lagers, hätte Kast 38.915 Stimmen erhalten müssen. Es waren aber nur 25.654. 13.261 rechte Wähler sind ihm abhandengekommen. Die Zahl der gültigen Stimmen ist hier gegen den landesweiten Trend um knapp 1000

zurückgegangen. Zusätzlich dürfte es einen Austausch mit dem Lager der Nichtwähler gegeben haben. Trotzdem kann man feststellen, dass ein nicht unerheblicher Teil der lokalen Anhänger Parisi seiner Wahlempfehlung nicht gefolgt ist.

Was sind die Gründe für dieses Verhalten? Die Arbeiter der Kupferminen sind eine Arbeiteraristokratie. Sie werden sehr gut bezahlt und tendieren nach rechts. Einige von ihnen haben vor 50 Jahren gegen die Regierung Allende gestreikt. Doch sie sind Arbeiter und haben sich ihre komfortablen Lebensbedingungen durch gewerkschaftliche Aktionen erkämpft. In solchen Konflikten liegen die Wurzeln der Massenmobilisierung gegen die Diktatur. Zum ersten Nationalen

ten Niedergang der Kräfte der Mitte und der Linken konstatieren. Die sozialistische Präsidentin Bachelet musste sich während ihrer letzten Regierung mit 49 rechten Abgeordneten auseinandersetzen. Der konservative Piñera konnte sich schon auf 72 Mandate stützen. Boric stehen jetzt 74 Rechte gegenüber, davon 14 Rechtsradikale. Es müssen nur vier Abgeordnete der Mitte überlaufen, damit die Rechte die Mehrheit stellt.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Rechte im Senat genau 50% der Sitze hält. Hier wird jedes Gesetz, das nicht auch die Zustimmung von einzelnen rechten Abgeordneten findet, gestoppt.

Es ist schade, dass sich viele Menschen erst dann in Richtung Wahllo-

sungsgebenden Prozesses. Er muss ihn mit allen einem Präsidenten zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die Angriffe von rechts abschirmen. Chile braucht ein Grundgesetz, das die Möglichkeit bietet, einen Sozialstaat aufzubauen. Das setzt natürlich entsprechende parlamentarische Mehrheiten und Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen voraus. Die Ereignisse rund um diese Wahlen und eine Wahlbeteiligung von ca. 50% zeigen, wie weit Chile davon entfernt ist.

Das Abschneiden der Kommunisten

Die Ergebnisse der KP gehören zu den wenigen positiven Aspekten dieser Abstimmungen. Erstmals seit dem Ende der Diktatur wurden Kommunisten wieder in den Senat gewählt. Dort ist die Partei jetzt mit einer Senatorin und einem Senator vertreten.

Im Parlament konnte sie ihre Sitze von 9 auf 12 steigern. Camila Vallejo ist nicht mehr dabei, sie hatte auf eine erneute Kandidatur verzichtet. Damit erfüllte sie ein Versprechen, das sie während ihres ersten Wahlkampfes gegeben hatte. Die Zunahme der kommunistischen Abgeordneten beruht auf 418.887 Wählern, das macht 7,35% der gültigen Stimmen aus. Ihre Stimmzahl konnte sie um mehr als 50% steigern. Da die Wahlbeteiligung bei dieser Abstimmung nur bei 47,3% lag, ist die gegenwärtige Verankerung der Kommunisten auf 3 bis 4 Prozent zu veranschlagen. Wobei, siehe „Nicaraguagate“, man nicht weiß, wie man das einordnen soll. Vielleicht entwickelt sich die KP gerade zur chilenischen Linkspartei.

Emil Berger



Protesttag hatte ein christdemokratischer Gewerkschaftsführer der Kupferarbeiter aufgerufen.

Offensichtlich ist in einem Teil dieses Segments der Arbeiterklasse immer noch das Bewusstsein vorhanden, dass die Diktatur nicht gut für sie war. Ihre Wiederkehr, auch in demokratischem Gewand, wollen sie nicht fördern. Hoffen wir, dass das auch in Zukunft so bleibt.

Die parlamentarischen Kräfteverhältnisse

Der Handlungsspielraum eines Präsidenten fällt und steht mit seiner parlamentarischen Basis. Um das Programm von Apruebo Dignidad zu verwirklichen, bräuchte er in beiden Kammern absolute Mehrheiten. Die hat er nicht. Deshalb liegt die Umsetzung seines Programms in weiter Ferne.

Betrachtet man die neuen Kräfteverhältnisse im Parlament und vergleicht sie mit den letzten zwei Wahlperioden, muss man einen ste-

kale aufgemacht haben, als ein offener Anhänger der Diktatur als Präsident drohte. Hätten sie sich auch an den Wahlen zu Parlament und Senat beteiligt, könnte sich Boric auf ähnlich vorteilhafte Mehrheitsverhältnisse stützen wie vor acht Jahren Bachelet.

In dieser Situation kann es nur ein Kriterium für den Erfolg oder Misserfolg der Regierung Boric geben: den erfolgreichen Abschluss des verfas-

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13,- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20,-€ aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z. B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften

sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Leser*innenbriefe geben nicht Meinung der Redaktion wieder.

Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

1. SZ, 23.11.2021, S.7
2. SZ, 21.12.2021, S.4
3. <https://taz.de/Praesidentschaftswahl-in-Chile!/5822998&s=Pr%C3%A4sidentschaftswahl+chile/>
4. Wechsel
5. <https://taz.de/Praesidentschaftswahl-in-Chile!/5820872&s=Pr%C3%A4sidentschaftswahl+chile/>
6. Ein Bild aus der letzten Rede Salvador Allendes am Tag des Militärputsches.
7. <https://www.eldesconcierto.cl/nacional/2022/01/26/fue-a-cucuta-a-pedir-que-vengan-mas-inmigrantes-culpan-a-pinera-por-crisis-en-el-norte.html>
8. <https://www.srf.ch/play/tv/dok/video/schweizer-siedler-in-chile—der-konflikt-mit-den-mapuche-indianern-wem-gehört-das-land?urn=urn:srf:video:febeebcd-7c5d-49a1-a151-033ebb384af4>
9. Encuesta Plaza Pública, Tercera Semana de Julio - Estudio N°392, CADEM
10. <https://www.latercera.com/nacional/noticia/peritajes-por-atentado-en-carahue-trabajador-de-forestal-fue-herido-con-proyectil-de-guerra-y-miembro-de-la-cam-recibio-disparo-a-menos-de-tres-metros/JP-SEBWCPVJGSZO35PYTKLXKNTU/>
11. <https://www.eldesconcierto.cl/nacional/2021/07/10/daniel-jadue-es-lamentable-que-este-gobierno-haya-optado-por-militarizar-la-araucania.html>
12. <https://www.eldesconcierto.cl/nacional/2021/07/10/senador-navarro-por-asesinato-de-pablo-marchant-en-carahue-parece-ser-una-operacion-planificada.html>
13. <https://www.latercera.com/la-tercera-pm/noticia/los-detalles-de-la-tragica-noche-en-carahue-y-la-ola-de-atentados-violentos-en-las-ultimas-horas-en-la-araucania/TNWNMWFEBFGCVNE5VT6BHV-PRSQ/>
14. <https://www.latercera.com/nacional/noticia/funeral-de-joven-integrante-de-la-cam-muerto-en-carahue-se-realiza-con-guardia-armada/ZPLDZSWSEZC4PK6BSJEDV7OHA4/>
15. <https://www.srf.ch/play/tv/dok/video/schweizer-siedler-in-chile—der-konflikt-mit-den-mapuche-indianern-wem-gehört-das-land?urn=urn:srf:video:febeebcd-7c5d-49a1-a151-033ebb384af4>
16. <https://www.elmostrador.cl/noticias/pais/2021/10/12/presidente-pinera-decreta-estado-de-excepcion-y-deja-a-las-provincias-de-malleco-cautin-biobio-y-arauco-bajo-control-militar-de-la-defensa-nacional/>
17. <https://chileconstituyente.cl/colaboraciones/>
18. <https://www.elciudadano.com/chile/salvar-chile-la-operacion-de-la-extrema-derecha-contras-el-proceso-democratico-constituyente/09/03/>
19. <https://www.latercera.com/la-tercera-domingo/noticia/rojas-vade-admite-que-no-tiene-cancer-siento-que-me-tengo-que-retirar-de-la-convencion/6M4MJHN6KZGGLKLJMMTDUBDAJY/>
20. <https://www.eldesconcierto.cl/nacional/2021/09/14/rebajo-deuda-rodrigo-rojas-rectifica-declaracion-de-patrimonio.html>
21. <https://cadem.cl/wp-content/uploads/2021/09/Plaza-Publica-400-Confianza-en-la-Convencion-Constituyente-cae-a-43-6pts-su-nivel-mas-bajo-desde-que-comenzara-su-funcionamiento.pdf>
22. <https://www.eldesconcierto.cl/reportajes/2021/10/18/anthony-el-joven-lanzado-al-rio-por-carabineros-nuestra-lucha-ha-sido-en-vano.html>
23. [https://es.wikipedia.org/wiki/Cristián_Cuevas_\(político\)](https://es.wikipedia.org/wiki/Cristián_Cuevas_(político))
24. <https://www.elmostrador.cl/dia/2021/08/23/cristian-cuevas-no-reune-patrocinios-para-oficializar-candidatura-presidencial-esto-es-el-comienzo-para-construir-los-cimientos-de-una-fuerza-politica-y-social/>
25. <https://www.eldesconcierto.cl/nacional/2021/08/20/la-lista-del-pueblo-anuncia-a-diego-ancalao-como-su-candidato-presidencial-aun-necesita-reunir-firmas.html>
26. <https://www.elmostrador.cl/dia/2021/09/01/servel-afirma-que-candidatura-de-ancalao-registro-mas-de-9-mil-patrocinios-en-un-dia-ante-fallecido-notario-patricio-zaldivar/>
27. <https://www.eldesconcierto.cl/nacional/2021/09/01/la-lista-del-pueblo-entra-en-una-crisis-sin-retorno-constituyentes-se-independizan-y-anuncian-nuevo-conglomerado.html>
28. https://es.wikipedia.org/wiki/Convergencia_Social
29. <https://progressive.international/members>
30. Alle Ergebnisse, wenn nicht anders angegeben, von <https://servelecciones.cl/> oder <https://historico.servel.cl/>
31. <https://www.latercera.com/la-tercera-pm/noticia/la-llamada-a-boric-la-ausencia-de-teillier-y-la-intima-reunion-en-recoleta-los-desconocidos-episodios-de-la-derrota-de-jadue/CH54C22PNFHXBFLENV-NND4KDCA/>

32. <https://www.servel.cl/total-de-afiliados-a-partidos-politicos-por-sexo/#>
33. <https://www.eldesconcierto.cl/nacional/2021/09/17/ps-militantes-en-rebeldia-exigen-decisivo-congreso-extraordinario.html>
34. <https://www.gamba.cl/2021/10/maya-fernandez-y-dirigentes-del-ps-anunciaron-su-apoyo-a-gabriel-boric-el-pelao-elizalde-fue-encontrado-muerto/>
35. <https://www.elmostrador.cl/noticias/sin-editar/2019/04/26/un-nuevo-diputado-para-kast/>
36. <https://www.eldesconcierto.cl/2020/03/02/partido-republicano-se-declara-oficialmente-en-oposicion-al-gobierno-de-pinera/>
37. https://es.wikipedia.org/wiki/Franco_Parisi
38. <https://www.biobiochile.cl/noticias/nacional/chile/2021/09/20/parisi-mantiene-deuda-de-207-millones-por-pension-alimenticia-podrian-detenerlo-al-arribar-a-chile.shtml>
39. [https://es.wikipedia.org/wiki/Partido_de_la_Gente_\(Chile\)](https://es.wikipedia.org/wiki/Partido_de_la_Gente_(Chile))
40. <https://www.eldesconcierto.cl/nacional/2021/09/01/mariana-aylwin-coordinadora-dd-hh-sebastian-sichel.html>
41. Encuesta Plaza Pública, Primera Semana de Noviembre - Estudio N°408, CADEM
42. Encuesta Plaza Pública, Cuarte Semana de Octubre - Estudio N°406, CADEM
43. <https://www.t13.cl/noticia/elecciones-2021/politica/los-dilemas-resolver-udi-rn-y-evopoli-frente-al-alza-kast-y-quebre-sichel>
44. <https://www.eldesconcierto.cl/nacional/2021/09/10/marco-enriquez-ominami-vuelve-a-ser-candidato-presidencial-tras-decision-de-tricel.html>
45. <https://www.youtube.com/watch?v=UNI2M1MJkVo>
46. <https://www.biobiochile.cl/noticias/nacional/chile/2021/10/12/artes-cuba-vacunacion-covid.shtml>
47. <https://www.youtube.com/watch?v=bti-1QMjWsc>
48. <https://www.eldesconcierto.cl/nacional/2021/10/14/kast-momento-incomodo-tv-el-candidato-mega-dinero-cuba.html>
49. <https://www.elmostrador.cl/dia/2021/11/12/pc-pi-y-otros-movimientos-de-izquierda-rechazan-declaracion-de-cancilleria-en-donde-deslegitiman-triunfo-de-daniel-ortega-en-nicaragua/>
50. <https://www.elmostrador.cl/dia/2021/11/12/yo-invito-al-pc-a-retractarse-boric-sale-al-paso-de-la-declaracion-de-sus-socios-a-favor-de-daniel-ortega-por-elecciones-en-nicaragua/>
51. <https://www.elmostrador.cl/noticias/pais/2021/11/12/inedita-rebelion-en-el-pc-camila-vallejo-karol-cariola-barbara-sepulveda-y-jjcc-quitian-el-piso-a-la-declaracion-a-favor-de-ortega-y-su-regimen-en-nicaragua/>
52. <https://www.latercera.com/la-tercera-pm/noticia/la-crisis-comunista-y-el-golpe-a-la-mesa-de-boric-la-doble-tension-que-desato-la-declaracion-sobre-nicaragua/HVQJ65JWORE7XI6FTQTVIXA2UQ/>
53. <https://www.eldesconcierto.cl/opinion/2021/11/13/cambio-muy-positivo-en-el-pc.html>
54. <https://www.latercera.com/politica/noticia/fiscal-nacional-abre-investigacion-de-oficio-por-presunto-fraude-en-gastos-de-campana-de-karina-oliva/7YFSOWZLRVE6PJ5TNH65Y2WHTU/>
55. <https://www.elmostrador.cl/noticias/pais/2021/11/18/karina-oliva-asume-que-reembolso-del-servel-se-uso-para-costear-campana-fuera-del-plazo-legal-y-lamenta-el-fuego-amigo-desde-las-filas-del-frente-amplio/>
56. <https://www.latercera.com/pulso/noticia/los-salarios-minimos-de-la-ocde/BAKZ7GV6FZ AHL-BAX4QYE7LO4AI/>
57. <https://www.eldesconcierto.cl/noticias/2021/11/18/boric-a-oliva-una-persona-que-esta-cuestionada-de-esta-manera-no-cuenta-con-mi-apoyo.html>
58. <https://www.eldesconcierto.cl/tipos-moviles/sonidos/2021/12/17/peter-gabriel-y-sting-se-unen-en-un-llamado-a-chile-para-votar-por-la-esperanza.html>
59. <https://www.eldesconcierto.cl/nacional/2021/12/15/importantes-autoridades-europeas-dan-su-apoyo-a-boric-la-lucha-de-chile-es-de-todos.html>
60. SZ vom 23.11.2021
<https://www.eldesconcierto.cl/nacional/2021/11/23/diputado-republicano-johannes-kaiser-causa-repudio-tras-poner-en-duda-voto-de-la-mujer.htm>
61. <https://www.eldesconcierto.cl/nacional/2021/11/23/diputado-republicano-johannes-kaiser-causa-repudio-tras-poner-en-duda-voto-de-la-mujer.html>

Anzeigen

August Thalheimer:

**Einführung in den
dialektischen Materialismus**



Vorträge für chinesische Studenten der Sun-Yat-Sen-Universität in Moskau 1927, mit den Vorworten zur deutschen Ausgabe, Wien-Berlin 1928, und zur amerikanischen, New York 1936.

Nachdruck 190 Seiten, Klebebindung. 5,- €

August Thalheimer:

**Wie schafft die Arbeiterklasse
die Einheitsfront gegen den
Faschismus?**



Nachdruck, 34 Seiten, 1,50 €
Arbeiterstimme
Postfach 910307
90261 Nürnberg

oder:
redaktion@arbeiterstimme.org

August Thalheimer

**Über die Kunst der Revolution
und die Revolution der Kunst**



Das Essay Thalheimers entstand Ende der 1940er Jahre im kubanischen Exil. Es beinhaltet Reflexionen zur marxistischen Ästhetik und zur Kritik der damaligen Sowjetunion. Mit editorischen Vorbemerkungen und einer Einführung von Theodor Bergmann.

Broschüre, DIN-A5, 80 Seiten, 6,- €

Arbeiterstimme, Postfach 910307
90261 Nürnberg
redaktion@arbeiterstimme.org



Unsere Solidarität gegen ihre Repression!

Spendenkonto:
Rote Hilfe e.V.
Sparkasse Göttingen
IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
BIC: NOLADE21GOE

info@rote-hilfe.de ★ www.rote-hilfe.de

**Solidarität organisieren
Mitglied werden!**

DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 2 Euro, im Abonnement 10 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. **Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.**

Die Rote Hilfe e.V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden.



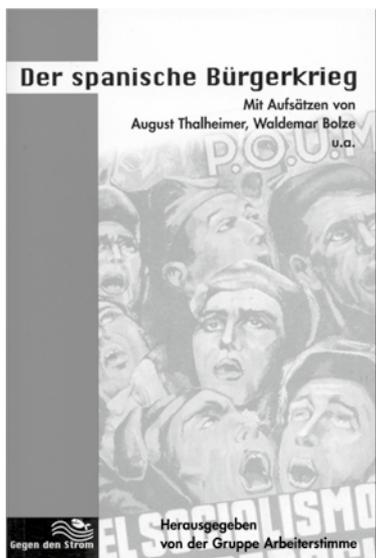
Schwerpunkt 1/2022:
Repression gegen Frauen/Frauenkämpfe

**Erhältlich auch in
gutsortierten
Bahnhofsbuchhandlungen**

Literaturliste

K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der KPD-Opposition eine Untersuchung zur „Rechtsopposition“ im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, SOAK-Verlag	1983, 234 Seiten , 14,00 €
Die Bremer Linksradikalen	66 Seiten, 3,00 €
Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten (Hrsg. Achim Kowalczyk)	Sonderpreis 192 Seiten, 5,00 €
Immer noch Kommunist? Erinnerungen von Paul Elflein	146 Seiten, 5,00 €
Einführung in den dialektischen Materialismus Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer)	1927, 191 Seiten, 1993, 5,00 €
Zurück in die Eierschalen des Marxismus? Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer)	30 Seiten, 1,50 €
1923, eine verpaßte Revolution? Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer)	1931, 32 Seiten, 1,50 €
Um was geht es? Zur Krise der KPD (August Thalheimer) (z.Z. leider nicht lieferbar)	1929, 32 Seiten, 1,50 €
Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)	1931, 75 Seiten, 3,00 €
Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus? Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer)	1932, 34 Seiten, 1,50 €
Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?	1932, 27 Seiten, 1,50 €
Volksfrontpolitik , ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik	1974, 95 Seiten, 2,50 €
Fluchtpunkte , Nürnberg und Bremen – Zwei Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung	316 Seiten, 20 €
Die Potsdamer Beschlüsse , Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1945, 32 Seiten, 1,50 €
Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1946, 27 Seiten, 1,50 €
Weißer Flecken , Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung	1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
August Thalheimer and German Communism – Revolutionary History	320 Seiten, 15 €
Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion (August Thalheimer)	1952, 43 Seiten, 1,50 €
Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution (Heinrich Brandler)	1950, 140 Seiten, 5,00 €
Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion , Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU	1974, 68 Seiten, 3,00 €
Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie (August Thalheimer), (z.Z. leider nicht lieferbar)	1928, 54 Seiten, 2,00 €
Der Weg der Gewerkschaften , Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze)	1948, 181 Seiten, 4,00 €
Ostblock - Westblock , Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer)	7,50 €
Der Faschismus in Deutschland , Analysen und Berichte der KPD-Opposition	1928- 1933, 295 Seiten, 8,00 €

Der spanische Bürgerkrieg



Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Okto-

ber 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPD (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin,“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.

240 Seiten, Paperback, 12,- €
 ISBN 3-00-010296-5
 Herausgegeben von der
Gruppe Arbeiterstimme

Silke Makowski

„Helft den Gefangenen in Hitlers Kerkern“ Die Rote Hilfe Deutschlands in der Illegalität ab 1933



Zeitungsverkauf sowie Flugblattverteilungen gegen den NS-Terror fanden selbst in kleineren Orten statt, während in größeren Städten noch über Jahre hinweg ein gut organisierter illegaler Apparat existierte, der die Arbeit der Basiszellen koordinierte. Durch internationale Kontakte konnten weltweite Freilassungskampagnen initiiert und die Flucht von Verfolgten organisiert werden. Zahllose Rote HelferInnen wurden für ihren Widerstand zu hohen Strafen verurteilt, und viele von ihnen wurden von den Nazis ermordet.

Die Broschüre zeigt die Bandbreite des Widerstands der Roten Hilfe gegen den NS-Terror auf und regt durch viele Beispiele aus verschiedenen Städten und Regionen zur eigenen Spurensuche vor Ort an.

Der antifaschistische Widerstand der Roten Hilfe Deutschlands (RHD) ist bisher weitgehend unbekannt, obwohl sich Zehntausende AktivistInnen aus verschiedenen sozialistischen Strömungen daran beteiligten. Spendensammlungen für die politischen Gefangenen, interner

**Schriftenreihe des Hans-Litten-Archivs
 zur Geschichte der Roten Hilfe – Band I**
 DIN A 4, 120 Seiten, 7,- Euro
 ISBN 3-9809970-4-9

Faschismus in Deutschland



Analysen und Berichte der KPD-Opposition 1928 bis 1933

Herausgegeben und eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik
 296 Seiten, Klebebindung. 8,00 €.

Wieder Lieferbar:

Die Bremer Linksradikalen



Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung bis 1920

65 Seiten, Broschur. 3,- €.

Bestelladresse:
 Arbeiterstimme, Postfach 910307
 90261 Nürnberg
 oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Bestelladresse:
 Arbeiterstimme, Postfach 910307
 90261 Nürnberg
 oder:
redaktion@arbeiterstimme.org